Die Stillegungen der Ruhrindustrie

Wir entnehmen hierzu dem „Vorwärts" vom 6. August folgende Meldungen:

Das Landesarbeitsamt für Westfalen und Lippe, Abteilung Bergbau (gemeinsame Fachabteilung für den gesamten rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau) in Bochum, teilt mit, daß am 15. Juli die Zahl der arbeitsuchenden Arbeiter bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets 9119 Mann betrug. Darunter befinden sich 6703 Hauptunterstützungsempfänger, 2976 Ledige und 6143 Verheiratete. Gegenüber der am 15. Juni festgestellten Zahl ist eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl innerhalb der Bergarbeiterschaft um 44 Prozent eingetreten. Diese Zunahme ist einmal auf die Vermehrung der Entlassungen und dann auf die verminderten anderweitigen Unterbringungsmöglichkeiten zurückzuführen. Zu beachten ist, daß in den genannten Zahlen vom 15. Juli noch nicht die an diesem Tage zur Entlassung gekommenen Arbeiter enthalten sind. Die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter im Ruhrbezirk Anfang August dürfte sich schätzungsweise auf 15 000 Mann stellen. Eine weitere erhebliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ist mit Sicherheit im Monat August zu erwarten, da bisher zum 15. August Entlassungen in einem Ausmaß von rund 13 000 Mann angekündigt worden sind.

Hierzu meldet Mtb. aus Essen: Die Gewerkschaft Vereinigte Gibraltar-Erbstollen sieht die Stillegung des Betriebes zum 15. August vor, wodurch etwa 330 Mann brotlos werden. Umfangreiche Betriebseinschränkungen haben auch die Rheinischen Stahlwerke für Mitte des Monats in Aussicht genommen. So soll die Zeche Brassert ihre Belegschaft um 450 Mann, die Zeche Zentrum um 600 Mann zu vermindern gedenken, während auf den staatlichen Zechen in Gladbeck bis Oktober sogar 750 Mann abgebaut werden sollen. Bei der Aktiengesellschaft für Hüttenbetriebe in Duisburg-Meiderich muß infolge der ungünstigen Lage auf dem Roheisenmarkt ein weiterer Hochofen stillgelegt werden, weshalb 200 Arbeiter zum 15. August ihre Kündigung erhielten. Das Baroper Walzwerk hat 500 Arbeiter entlassen. Wie aus Dortmund gemeldet wird, will die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Abteilung Dortmunder Union, ab 1. September die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten um eine halbe Stunde verlängern. Andere Dortmunder Werke beabsichtigen die gleiche Maßnahme zu treffen.

Diese Erscheinungen sind nicht allein zwangsläufige Zusammenbrüche, sondern wie eine folgende Meldung zeigt zum Teil ganz systematisch eingeleitet:

Gekauft und stillgelegt.

Das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat hat die niederschlesischen Braunkohlengruben der Firma Henckel-Donnersmarck angekauft und sofort nach Ankauf stillgelegt und zwar offenbar für dauernd, da die Grubeneinrichtungen zum Abbruch verkauft werden. Woraus man schließen muß, daß Stillegungen sich rentieren, hauptsächlich wegen Ausschaltung der Konkurrenz oder Verringerung der Nachfrage. **Der Staat aber sieht diesem Vernichtungsfeldzug ungeheurer Bodenschätze gleichgültig zu — sofern er nicht die Zechenbesitzer noch entschädigt."**

Die Betriebe werden geschlossen weil sie für den Weltmarkt im Augenblick ausgeschaltet sind. Wenn sie laufen, sind sie zum Teil mit Verlust aufrecht zu erhalten. Sie werden systematisch geschlossen, um vom Staat Zuschüsse zu erzielen, und um auf der anderen Seite den Versuch zu machen den Weltmarkt wieder zu regulieren, was bei den gesamten Verhältnissen der kapitalistischen Entwicklung ein Unsinn ist.

Ebenso unsinnig ist jedoch, zu glauben, daß der Staat gegen diese kapitalistische Selbstvernichtung vorgehen könnte oder würde. Der Staat ist nur das Werkzeug des Kapitals und nicht umgekehrt.

Japans Vordringen auf dem Weltmarkt

Während die europäische Industrie mit der Anfertigung von Waffen und Munition beschäftigt war, fertigte man in Japan Waren und versorgte den Weltmarkt. Wo die europäischen Waren wegblieben, drang Japan vor. Dieses Vordringen hält bis auf den heutigen Tag an. Den größten Fortschritt hat die japanische Industrie nach dem Kriege gemacht. In großen Teilen Chinas und anderer Länder des Ostens ist die japanische Industrie dank ihrer geographischen Lage, der ernteste Konkurrent Europas und auch schon Amerikas geworden.

Die japanische Emaille-Industrie ist auf dem besten Wege, die europäische Industrie ganz aus dem Osten zu verdrängen. Der chinesiche Markt nimmt fast nur japanische Emaillewaren auf. Indien wird zu 20 Prozent von Japan beliefert. In Ostafrika hat diese Industrie stark Fuß gefaßt. In einzelnen Artikeln, z. B. Reistellern, die im ganzen Osten einen Hauptandelsartikel bilden, hat die japanische Industrie den Markt fast völlig an sich gerissen. In Zement ist Japan dem besten europäischen Portland- und Eisenportlandzement ebenbürtig und verdrängt die Konkurrenz immee mehr. Auch Spielwaren, obwohl Japan hierin noch wenig gutes leistet, beginnt den Markt zu erobern.

Besonders in der Mandschurei und Nordchina werden alle die Waren aus Japan gekauft, die früher aus Europa bezogen wurden: Bier, Emaillewaren, Eisenwaren, Textilwaren. Dampfer aus Japan brauchen 1—2 Tage, während die aus Europa 1—2 Monate gebrauchen. Ein ungeheurer Vorteil in Fracht- und Zinsenersparung und in dem Hereinbekommen der Kasse.

Ein weiteres wichtiges Gebiet, wo der japanische Handel den europäischen zu verdrängen beginnt, ist Holländisch- und Britisch-Indien. Sogar in Australien beginnt die japanische Ware sich durchzusetzen, wo doch der Haß gegen die „gelbe Rasse" besonders groß ist. Im Osten hat die japanische Industrie ein besonders leichtes Arbeiten, weil sie sich dem Geschmack der Eingeborenen leicht anzupassen versteht.

Einen großen Vorteil hat der japanische Export durch die Regierung. Nicht nur durch finanzielle Hilfe. Während und kurz nach dem Kriege, als der Warenhunger besonders groß, die japanische Industrie aber erst in den Anfängen ihrer Ausdehnung für den Weltmarkt war, wurde viel Schund geliefert. Um das Ansehen der japanischen Waren zu heben, übt die Regierung eine Kontrolle aus und läßt nur einwandfreie Waren aus dem Lande. Der Versand nach dem Auslande darf erst geschehen, wenn die Kontrollkommission den Kisten einen Stempel aufgedrückt hat.

Ein Absatzgebiet nach dem andern geht der europäischen Industrie verloren. Aus Abnehmern werden Konkurrenten. Nicht nur die Kolonien werden von den Ländern des alten Kapitalismus abgeschnitten. Der Kolonialkapitalismus beginnt seine Waren nach Europa zu senden. Das Blättchen beginnt sich zu wenden. Ungeheure Naturkräfte und Rohstoffe, leicht abbaubare Kohlen- und Eisenlager und eine neue moderne Industrie wird gegen den alten Kapitalismus eingesetzt. Die Arbeitslosenheere in Europa beginnen sich zu mehren. Nur ein Teil der europäischen Arbeiter werden das „Glück" haben, zum Kuli der Kulis zu werden. Die Masse wird in Not und Elend aufgerieben werden, wenn sie sich nicht auf ihre Kraft besinnt und dem Kapitalismus den Todesstoß versetzt.

Ausland

Kapitalistische Offensivmaßnahmen

Blutige Streikunruhen in Wales.

In Ammanford in Wales kam es im Laufe der letzten Nacht zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und der Polizei. Um 11 Uhr abends marschierten etwa 500 Streikende zu dem Schacht Nr. 2, um dort zwei Leute zu befreien, die als Sicherheit von der Grubenverwaltung zurückgehalten wurden. Hierbei kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die im Laufe des sich entspinnenden Kampfes erheblich verstärkt wurde. Nicht weniger als 106 der streikenden Bergarbeiter und 12 Polizisten sind verletzt worden. Von beiden Seiten wurden wütende Angriffe mit Steinen oder mit Gummiknüppeln unternommen. Kurz nach Beginn des Zusammenstoßes schien es, als ob die verhältnismäßig schwache Polizeimannschaft von den Streikenden überwältigt werden würde. Im letzten Augenblick eilten jedoch auf Kraftwagen Verstärkungen herbei, und ihren wiederholten Angriffen gelang es, nach mehrstündigem Kampf die Mauer der Streikenden zu durchbrechen und sie zu zerstreuen.

Wir sehen wie sich das Kapital rücksichtslos mit Geiseln sichert, und wie es durch die Polizei mit Gewalt bei seinen Maßnahmen geschützt wird. Das Kapital führt keine illusionären Lohnkämpfe, sondern politische Kämpfe.

Ortsgruppen! Bezirke!

Rüstet zur kommenden

Zentral-Ausschuß-Sitzung

die Ende August stattfindet! Sendet Material und Anträge ein. Rechnet Pflichtbeiträge ab.

Der Streik als Profitaktion der Unternehmer

Der Pressedienst des amerikanischen Gewerkschaftsbundes veröffentlich einen Bericht über das Verhalten der Unternehmer in der Hartkohlenindustrie, der die Lage von einem neuen Gesichtspunkt aus beleuchtet und angesichts ähnlicher Verhältnisse in anderen Ländern von allgemeinem Interesse ist. In der Meldung heißt es u. a.:

„Die Bergarbeiter der Hartkohlengruben verlangen für die Arbeiter über und unter Tage eine Lohnerhöhung. Trotzdem bereits einmal vorgeschlagen wurde, gegen die Hartkohlenindustrie, die eine Art Monopolstellung einnimmt, wegen zu hoher Preise gerichtlich vorzugehen, wollen die Unternehmer die Löhne herabsetzen, um angeblich „die Geschäftslage zu verbessern." Die hohen Gewinne der Hartkohlenproduzenten deuten aber darauf hin, daß es um die Anthrazitindustrie gar nicht so schlecht bestellt ist.

Im Hinblick auf die Lage im gegenwärtigen Augenblick sind die Aussagen von Beamten der Anthrazitkohlengrubenarbeiter der Vereinigten Bergarbeiter besonders bezeichnend, wonach die Grubenbesitzer der Hartkohlenindustrie bewußt einen Streik herbeizuführen versuchen, um auf diese Weise ihre Vorräte, die sich ihren Schätzungen zufolge auf etwa 10 Millionen Tonnen belaufen, zu guten Preisen loszuwerden. Trotzdem das soeben angegebene Vorratsquantum wohl zu hoch angesetzt ist und sich zum Teil aus groben Kohlensorten zusammensetzt, die von den großen Massen der Hartkohlenkonsumenten nicht verlangt werden, würden die Grubenbesitzer bei einem eventuellen Streik und einer Erhöhung der Preise auf etwa 1 Dollar pro Tonne auf Kosten des Publikums schöne Gewinne erzielen. Was die Lage auf dem Weichkohlenmarkt betrifft, so sind die Vorräte sehr gering, und jeder Streik würde die Allgemeinheit in Mitleidenschaft ziehen."

Ganz systematisch drückt das Kapital die Löhne zurück. Wenn die Lohnverhandlungen nicht angenommen werden, folgt Aussperrung und Streik, bis die überfüllten Lager gegen hohe Gewinne geleert sind:

Atlantic City, 6. August. (WTB.) Die Lohnverhandlungen zwischen den Besitzern der Anthrazitbergwerke und den Bergleuten wurden ergebnislos abgebrochen, da sich die Bergarbeiter weigerten, den Vorschlag der Bergwerksbesitzer anzunehmen, den Streik einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Gegen diese Unternehmeraktion sind die Gewerkschaften vollkommen hilflos. Sie können nichts als die Arbeiter zermürben lassen und sie dann wieder in die Betriebe hineinjagen. Die eingesetzten Schiedsgerichte und die Verhandlungen sind dann dazu da, über die gesamte Aktion den Schleier zu decken.

Wie dieser Fall in Amerika, so sind auch bei uns tausende ähnliche Fälle zu beobachten.

Marokkokämpfe

Hilfe der Rifkabylen.

Nach verschiedenen offiziellen Meldungen haben die Scheichs dreier Stämme der Kabylen auf einer Konferenz, die in Algier stattfand, beschlossen, die Souveränität Abd el Krims anzuerkennen und den Kampf gegen die Franzosen und Spanier sofort wieder aufzunehmen. Damit hat die Macht Abd el Krims eine neue Stärkung erfahren.

Ein Ultimatum.

Frankreich und Spanien haben Abd el Krim eine Aufforderung zukommen lassen, wonach er sich bis zum 15. August über Krieg und Frieden zu entscheiden habe. Falls keine Antwort bis zu diesem Zeitpunkte eintrifft, werden die Operationen beginnen und die Spanier werden an verschiedenen Punkten der Küste Truppenlandungen vornehmen.

Die Kämpfe in Syrien.

Den aufständigen Drusen gelang es bei den Kämpfen mit französischen Truppen mehrere Geschütze zu erobern und die Stadt Sneida, die Hauptstadt der Dschebel-Drusen, einzunehmen. Ferner wird gemeldet, die Drusen hätten 100 mit Munition und Vorräten beladene Kamele erobert. Die Franzosen sollen zahlreiche Verluste an Toten und Verwundeten erlitten und sich nach Ezra zurückgezogen haben.

Hinrichtung in Polen.

WTB. **Lemberg,** 6. August. Der Mörder des polnischen Polizeiagenten Cechnowski, Botwin, wurde heute vom Standgericht zum Tode verurteilt. Da der Präsident der Republik das durch Fernsprecher übermittelte Begnadigungsgesuch verwarf, wurde heute Mittag 1 Uhr das Urteil vollstreckt.

Gewerkschaftliches

Ein Gewerkschaftsbeamter

Nach dem Gesetz über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt (der deutschen Staatsbank für Agrarkredite) hat der Reichsrat der Hindenburg-Republik die 11 Mitglieder des Verwaltungsrates zu ernennen. Das ist jetzt geschehen. Er ernannte: den Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse Semper, Berlin, den Hauptritterschaftsdirektor v. Winterfeld, Berlin, Ministerialrat v. Schenk vom Preußischen Finanzministerium, Ministerialrat Mussel vom Preußischen Landwirtschaftsministerium, von der bayerischen Regierung einen noch zu benennenden Staatsbeamten für Bayern und den Direktor der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank Hofrat Schreyer, München, für Sachsen den Vorsitzenden des Landwirtschaftlichen Kreditvereins, Rittergutsbesitzer Geh. Regierungsrat Mehnert, Dresden, für Württemberg, Baden und Hessen Gutsbesitzer Schenk, Freiherr v. Stauffenberg, für die beiden Mecklenburg Rittergutsbesitzer Wiskott, für die übrigen Länder den Präsidenten der Braunschweigischen Staatsbank, Finanzpräsident Dr. Stübben und **Reichstagsabgeordneter Franz Behrens, Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter.**

Wie die deutschnationalen Großgrundbesitzer, Barone, Exzellenzen und Minister doch wissen, wer die Interessen des Agrarkapitals am besten wahrnehmen kann.

Aus der Bewegung

Antrag

der Ortsgruppe Leipzig zur Zentralausschußsitzung.

Die Konsolidierung der kapitalistischen Ordnung in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht st zu einer unstreitbaren Tatsache geworden. Das durch den Weltkriegs- und Nachkriegsjahren erschütterte Gleichgewicht dieser Ordnung insbesondere in Europa, ist auf höherer Stufe wieder hergestellt. Doch zugleich sind die Widersprüche der kapitalistischen Ordnung im gesteigertem Maße reproduziert, die früher oder später zu neuen schicksalsschweren Erschütterungen des kapitalistischen Gefüges führen müssen. Die eben festgestellte Tendenz der kapitalistischen Entwicklung darf aber nicht zu der vermeintlichen revolutionären Einstellung verleiten, als einzig und alleinige Aufgabe der Partei die Propagierung des Endkampfes anzusehen. Der Endkampf, der Kampf um die Macht, kann auf keinem Fall das Ergebnis der Propaganda allein sein, sondern entspringt vor allem aus einer ganz bestimmten historischen Situation, die ein Ergebnis der verschiedenartigen wirtschaftlichen sozialen und politischen Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung ist.

Das Festhalten an der bisherigen Einstellung der Partei wurde in der Praxis eine vollständige Isolierung von den breiten Massen, noch mehr eine Auslieferung der Massen dem Reformismus und Indifferentismus, mit anderen Worten ein unbewußtes In-die-Hände-spielen des Kapitals bedeuten.

Die eingetretene Ruhepause, deren Dauer nicht abzusehen ist, verpflichtet die Partei zu einer gründlichen Umstellung in den Fragen der Tagespolitik. Die bisherige gänzlich negative Stellungnahme in allen Lohnkämpfen und den brennenden Tagesfragen, die in das Bereich der proletarischen Interessen hineinreichen, muß von der Partei aufgegeben werden.

Zu diesem Behufe erachtet die Ortsgruppe Leipzig als unumgänglich folgenden Beschluß auf der Zentralausschußsitzung herbeizuführen:

„Die uneingeschränkte Diskussion zu allen grundlegenden Fragen des Parteiprogramms wird in der KAZ. eröffnet, um bis zum nächsten Parteitag eine diesbezügliche Klärung herbeizuführen."

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Nachruf.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser treuer Kämpfer

Karl Gamborski

Stephanstraße 15, verstorben ist.

Die Einäscherung findet Montag, den 10. August, im Krematorium, Gerichtstraße, um ½6 Uhr statt.

Der 2. Bezirk.

3. Bezirk (Wedding). Donnerstag, den 13. August, öffentlicher Vortragsabend. Referat: Unsere Stellung zum heutigen Rußland. Lokal: Gottlieb Frenzel, Reinickendorfer Straße 42. Alle müssen erscheinen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 12.

Abonnements-Annahme-Stellen für die KAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III
Szomoru, Moabit, Berlichingen-Straße 10
Jul. Gehrke, Lychener Straße 31, Quergebäude 1 Treppe, bei Schulz
K. Herhold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße
Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71
Karl Voigt, SO, Grünauer Straße 36
Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 112
Centrum: J. Schuri, Brückenstraße 6
Adlershof: Max Sommer, Kaiserin-Auguste-Victoria-Straße 43
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16
Charlottenburg: H. Kues, Wallstraße 23
Cöpenick: W. Heiland, Schönerlinder Straße 9
Grünau: Karl Plötzer, Cöpenicker Straße 92
Karlshorst: Klump, Junker-York-Straße 36
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39
Nowawes: Ernst Gabel, Groß-Beeren-Straße 12
Pankow: Hans Liepe, Damerow-Straße 45
Rosenthal: Th. Jähnchen, Edelweißstraße 36 II
Schöneberg: Hugo Otto, Hauptstraße 14

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name . . . .

Ort . . . .

Straße . . . . Nr. . . . . .

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49,** zu senden.

6. Jahrg. Nr. 63

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

August 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

„Parlaments-Revolution"

Die KPD. übt in den augenblicklichen Redeschlachten im deutschen Reichstag, zu den Steuer und Zollgesetzen, wieder einmal ihr höchstes parlamentarisches Machtmittel aus, sie betreibt die oft angepriesene Obstruktion. Was sie damit bezwecken will, erscheint nach so vielen vorhergegangenen Versuchen für das allgemeine Proletariat unbegreiflich. Die Erfolge dieser Aktionen sind bis heute gleich Null gewesen, außerdem, man könnte sich einbilden, das überlaute Geschrei in den hohen vier Wänden, das mit der Entfernung der Ruhestörer endete, als großen Erfolg für die Politik der KPD. buchen zu dürfen.

Wenn man recht hinsieht, so bleibt von dem Geschrei sehr wenig übrig, nachdem man die Wirkung nach außen an dem Rückgang der Stimmen für die KPD. bei den letzten Wahlen beobachtet.

An den auftauchenden Fragen, zu denen man diese Aktionen inszeniert, wird trotz des „revolutionären" Geschreies nicht das geringste geändert.

Besser wie in der augenblicklichen Zeit ist die Rolle des Parlamentarismus und die unsinnige Parlamentspolitik der KPD. wohl nie bewiesen worden. Wenn man den Schleier der Illusionen lüftet, hinter denen die KPD. ihre Parlamentspolitik treibt, bleibt von den ganzen scheinrevolutionären Phrasen nichts mehr übrig, als ein wenig radikaler Reformismus. Dem Proletariat gegenüber spricht sie: „Ins Parlament für die Revolution der Massen nach außen." Wir haben schon oft genug aufgezeigt, daß es für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats solche Zwitterstellungen nicht gibt, daß eine Inkonsequenz die andere nach sich zieht, bis alles im Sumpf erstickt ist.

Immer wieder müssen wir an den neu auftauchenden Fragen dieses beweisen, um den Bann verheerender Illusionen zu brechen, der das Proletariat mit in den großen Sumpf reißt.

Wie sieht diese Zwittergestalt aus, die da sagt: „Das Proletariat kann sich nur durch die Revolution befreien, — und — wir müssen ins Parlament gehen, um den Parlamentarismus durch die Aufdeckung seiner Gesamtpolitik zu zerschlagen!"? — Also Palastrevolution, weil die Massen noch an diese Art der „Revolution" glauben!

Steuer- und Zollgesetze standen auf der Tagesordnung des kapitalistischen Staates. Mit ungeheuerer Gewalt sollte das Proletariat von neuem belastet werden, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung in Gang zu halten. Die moderne Staatsform, die demokratische Republik verlangt von allen Parlamentsvertretern sämtlicher Parteien eine aktive Mitberatung an den staatsnotwendigen Fragen. Tagelang — „bis zum vollkommenen physischen Zusammenbruch", wie von den Deutschnationalen bis zu den KPD.-Vertretern festgestellt wird, — wird um den Ausbeutungsgrad „gekämpft" und „gehandelt".

Das Bürgertum vertritt mit äußerster Konsequenz seine Klasseninteressen und die des Staates. **Der deutschnationale Reichstagspräsident Gräf** leitet die Sitzungen. Die Linksparteien verschachern das proletarische Klasseninteresse so gut es eben geht. Das Zentrum tritt sofort auf die Seite der Gesetze, d. h. des Bürgertums und seiner Republik, abgesehen von einigen kleinen, schwankenden Gestalten, die sich auf ihre goldene Koalition mit der SPD. besinnen.

Leider ist die Koalition diesmal ein wenig gestört. Doch nicht, daß man glauben sollte, die SPD. hat sich von der Verfassung losgesagt und betreibt Klassenkampfpolitik. Nicht im geringsten. Ihre Stellung als Vertreterin großer Proletariermassen läßt aber eine sofortige offene Befürwortung dieser Ausbeutungsgesetzte nicht zu. Sie zeigt einen oppositionellen Winkelzug und verlangt ein wenig Reformierung der Ausbeutungsprogramme. Ihr Schein bei den Massen ist dadurch gewahrt, die alte parlamentarische Illusion ist gefestigt und für den Oppositionscharakter nimmt sie eine kleine Rüge durch einige Zentrumsführer in Kauf.

Der Hauptgrad ihrer Opposition, die von den KP.-Vertretern unterstützt wird, richtet sich gegen die Durchpeitschung der Gesetze. Die Regierungsmehrheit, die alle 5 Minuten angezweifelt wird, indem das Haus nicht genügend Vertreter aufweist, hat jeder Partei eine dreistündige Redezeit zugebilligt, — und wie gerne hätten sich die linken Palastrevolutionäre lang und breit von der Rednertribüne aktiv ausgequatscht. Die SPD.-Parlamentarier schimpfen über undemokratische Erdrückung der Minderheit, sie verlassen schüchtern den Sitzungssaal. Sie haben jedenfalls dabei ihr „demokratisches" Verhalten in ihren öffentlichen Versammlungen vergessen, in dem sie die Meinung der Proletarier systematisch unterdrücken. Die KPD. war natürlich nicht müßig, ihre Aktivität im Parlament auch in den Vordergrund zu rücken. Sie hätte ihren radikaleren Reformismus, der die Belastung des Kapitals und die Zollfreiheit in weitgehendstem Maße vorsieht, auch gern lang und breit vor den Ohren der Bourgeoisievertreter aufgerollt.

Vergeblich! — Das Ohr der Bourgeoisie wie überhaupt der meisten Parlamentarier ist für diese radikalen Reden nicht empfänglich. Weil es nun nicht im guten ging, die Regierung vom guten Willen der KPD. zu überzeugen, sollte die Palastrevolution — Obstruktion — helfen.

Das Ergebnis war, daß 17 Hüter der Ordnung kamen und Schütz, Geschke, Torgler, Münzenberg und Neddermeyer unter ihrem Geschrei von: Provokateuren und Henkern gegen Gräfe, an die frische Luft befördert wurden. — Die Obstruktion hörte auf —, denn ohne dabei zu sein, gibt es für die KPD. keine Politik mehr — und nun stehen die Helden auf den Brettern und predigen von der revolutionären Tat im Parlament. Sie haben eine neue Aktion hinter sich, mit der sie das revolutionäre Selbstbewußtsein im Proletariat wieder untergraben können. — Denn die Steuergesetze sind nun ohne Beisein der KPD. angenommen worden, sie hat dieses nicht verhindern können. Damit ist ihre Notwendigkeit des Parlamentarismus wieder gerettet. Die Massen begreifen nicht, wie sie an der Nase herumgeführt werden.

Durch diese „Parlamentsrevolution" wird das Proletariat nie von den Lasten der Ausbeutung befreit. Das Parlament als leitende Instanz des Staates, wird nie gegen den Strom der eigenen Wirtschaft schwimmen, ganz gleich ist dabei, wer sich zum Verwalter dieses kapitalistischen Staates macht. Steuer- und Zollgesetze sind notwendige Lebensbedingungen desselben. Unsinnig ist, von einer Entlastung des Proletariats durch die Besteuerung der Kapitalisten zu sprechen. Jede Belastung des Kapitals wird durch die Arbeiterklasse als willkürlich ausgebeutete und als Käufer der Waren mit gesteigerten Preisen aufgebracht.

Ebenso ist es mit den Schutzzöllen.

Für die Arbeiterklasse bleibt es sich gleich, ob das Kapital seinen Markt durch Zollasten oder durch intensivere Ausbeutung, Senkung der Löhne und Warenpreise im Konkurrenzkampf reguliert.

Alle Lasten dieser Lebensbedingung des Kapitalismus werden allein vom Proletariat getragen. Beseitigt werden sie nur mit der Beseitigung des kapitalistischen Systems durch den revolutionären Klassenkampf. Dieser Kampf ist kein Wortgefecht im Parlament, zu dem ihn die KPD. degradiert, sondern ein bewußter Kampf zwischen der Herrschaft zweier Klassen, des Kapitals und der Arbeiterklasse, ein blutiger Kampf.

Solange die Proletarier sich diesen Entscheidungskampf nicht zum Prinzip erheben, wird der Staat als willkürlicher Klassen-Staat des Kapitalismus mit rücksichtsloser Ausbeutung durch Zölle und Steuern direkt oder indirekt regieren.

Aufopferungsvolle Parlamentarier

(Schluß).

Einer der wichtigsten Faktoren der neuen deutschen Wirtschaftspolitik ist die Zollpolitik. Das deutsche Kapital formt dadurch die gesamte Handelspolitik und nimmt damit auch gleichzeitig die Formulierung der Handelsverträge vorweg. Die Zölle dienen im wesentlichen einer scharf ausgesprochenen Schutzpolitik; wenn auch die Regierung immer wieder bekennt, daß es sich um „Kampfzölle" handelt, so ist dies nur als eine bewußte Täuschung anzusehen. Das deutsche Kapital ist sich darüber klar, daß nach dem augenblicklichen Stand der Weltwirtschaft ein sogenanntes gerechtes System zwischen Freihandel und Schutzzollpolitik garnicht möglich ist. Es muß auf jeden Fall zusehen, den Binnenmarkt so ausdehnungsfähig als möglich zu gestalten. Die Frage der Zölle ist auch von einer außerordentlichen Wichtigkeit und Bedeutung für die Reparationslasten.

Nach dem sogenannten Dawesgutachten sind die Einkünfte des Reiches aus Zöllen sowie die Erträge der Steuern aus Tabak, Branntwein, Zucker und Bier als Sicherheit für die deutsche Reparationszahlungen verpfändet. Der Ertrag dieser Einkünfte ist von einschneidender Bedeutung für die Zahlungen in den nächsten Jahren. Wenn diese Steuern hinter gewissen Beträgen zurückbleiben bezw. steigen, so verringern oder erhöhen sich die Reparationszahlungen. Als Mindestbetrag in dieser Beziehung ist für das Jahr 1926/27 eine Milliarde Goldmark vorgesehen. Die Einnahmen im Jahre 1924 haben schon diese Mindestsumme um 250 Millionen überstiegen. Nach der Voreinschätzung für das Jahr 1925 ist mit einer weiteren Erhöhung von ca. 150 Millionen zu rechnen. Trotzdem sollen durch Erhöhung der Bier- und Tabaksteuern 340 Millionen herausgeholt werden, so daß der Ertrag aus den verpfändeten Steuern den Mindestbetrag von ¾ Milliarden übersteigt. Diese Steuererhöhung bedingt, daß sich die Reparationslasten im Jahre 1926 von 2½ auf 2¾ Milliarden erhöhen. Diese Rechnung würde danach zu Gunsten der Reparationslasten aufgehen. **Es ist dies aber nur rein äußerlich der Fall.** Die Zollvorlage sieht die Wiedereinführung des Systems der Einfuhrscheine für Getreide vor. Dadurch wird bewirkt, daß der Großagrarier für die Einfuhr von Getreide eine besondere Vergünstigung, und für die Einfuhr von Waren aller Art erhält. Es würde sich auf diese Weise der Zollertrag ganz erheblich geriger gestalten.

Rein formell soll die jetzige Zollpolitik eine Fortsetzung der Zollpolitik vor dem Kriege sein. Während in der Vorkriegszeit die Getreide-Zölle im wesentlichen mit den imperialistischen Notwendigkeiten begründet wurden, bekennt heute das deutsche Kapital ganz offen, daß die neuen Zölle nur dem Verkauf dieses seines eigenen Proletariats dienen soll. Aeußerlich spielt immer noch der Gegensatz zwischen Freihandel und Schutzzoll eine erhebliche Rolle. Das Handelskapital und ein Teil der Fertigindustrie treten nach wie vor für den Freihandel ein, weil diese Politik die Möglichkeit seiner Existenz bedingt. Diese durch den Schutzzoll herbeigeführte künstliche Absatzmöglichkeit untergräbt naturgemäß den Absatz in dem Auslande, weil dadurch ein Austausch der gegenseitigen Produkte nicht nur erschwert, sondern fast unmöglich gemacht wird. Diese Kreise sind sich sehr wohl bewußt, daß ein vollkommener Freihandel die deutsche Landwirtschaft ruinieren müßte. Sie schlagen daher als Gegenmittel die weitere Intensivierung der Landwirtschaft vor. Eine derartige Bewirtschaftung müßte auch für sie den Vorteil haben, daß die Kaufkraft der Landwirte gesteigert würde. Die Voraussetzung für eine derartige Wirtschaftspolitik ist das Vorhandensein des zur Durchführung notwendigen Betriebskapitals. Solange dies nicht der Fall ist, ist ein derartiger Plan vollkommen illusorisch. Außerdem ist es selbstverständlich für die Landwirtschaft viel bequemer, ohne jedes Risiko mit den bisherigen Mitteln weiterzuarbeiten und sich durch erhöhte Ausbeutung der Arbeiterschaft die für eine weitere Intensivierung notwendige Akkumulation zu verschaffen. Die Getreide-

zölle und das System der Einfuhrscheine sollen diesem Zweck dienen. Wie stark schon die Extensivierung der Landwirtschaft vorgeschritten ist, geht daraus hervor, daß die Ausfuhr der Landwirtschaftsfertigerzeugnisse sich ganz erheblich gesteigert hat. Vor dem Kriege sind in Deutschland vier- bis fünfhundert Millionen derartiger Produkte eingeführt worden. Jetzt ist dieser Import auf 900 Millionen gestiegen. Dagegen ist eine erhebliche Aenderung in der Futtermitteleinfuhr eingetreten. Diese betrug vor dem Kriege 800 Millionen und ist jetzt auf 100 Millionen zurückgegangen. Diese Zahlen bedeuten, daß der innere Konsum ganz erheblich gefallen ist und die Landwirtschaft ganz extensivierend wirtschaftet. Die Landwirtschaft scheut auch vor einer weiteren Intensivierung deswegen zurück, weil die Kaufkraft der Massen immer weiter sinkt und sie dadurch Absatzschwierigkeiten haben könnte. Es genügt dem landwirtschaftlichen Kapital nicht eine Ausgleichung an die Weltmarktpreise herbeizuführen, sondern es will darüber hinaus noch die Verluste der Kriegs- und Nachkriegszeit wieder wett machen. Diese scharfe Ausbeutung der Arbeiterschaft zu Gunsten des Landwirtschaftskapitals ist selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus Unsinn. Denn je stärker die Ausbeutung der Massen bei gleichzeitiger Unmöglichkeit des Absatzes im Ausland ist, umsomehr verliert das eigene nationale Kapital an Boden.

Die neuen Zölle haben bereits eine ganz erhebliche Steigerung der Getreidepreise herbeigeführt. So stehen die Preise für Weizen um 13 Proz. und die Preise für Rogen um 20 Prozent über dem Weltmarktniveau, und ist dies auch teilweise auf die künstliche Zurückhaltung wegen der kommenden Zölle zurückzuführen. Diese Steigerung ist eingetreten, trotzdem die Ernteausssichten außerordentlich günstig sind. Es dürfte die übrige Roggenernte um 25 Proz. die vorjährige Ernte übersteigen. Die Landwirtschaft begründet die Notwendigkeit einer Steigerung der Preise mit der Steigerung der Industrieprodukte, d. h. sie erklärt, daß die Preisscheere ganz erheblich auseinanderklaffe. Um einen Vergleich anzustellen muß man gegeneinander die Preise im Jahresdurchschnitt von Roggen und Weizen gegenüber dem Jahre 1913 im deutschen und Weltmarktmaßstabe betrachten. Der Weizen kostete im Jahre 1913 198,90 Mk. und im Juni 1925 266.75 Mk., so daß die Steigerung 34,1 Prozent beträgt. Bei Roggen ist das Verhältnis ähnlich. Die Preise erhöhten sich von 164,30 Mk. im Jahre 1913 auf 216,80 Mk. im Juni 1925, also um 32 Prozent. Diese Erhöhung ist ohne jeden Zollschutz erreicht. In Chicago betrug der Weizenpreis im Jahre 1913 90 Mk. und in Deutschland zu gleicher Zeit 198,90 Mk.

Durch die neuen Zölle würde sich der Weizenpreis in Berlin auf 300 Mk. erhöhen. Bei Roggen liegt die Situation ganz ähnlich und braucht daher nicht besonders darauf eingegangen werden.

Jedenfalls ist die Steigerung in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit durch die neuen Zölle unvergleichlich höher als sie auf dem Weltmarkt ist. Die Unkosten der Landwirtschaft bleiben im wesentlichen gegenüber der ihnen zugestandenen Steigerung erheblich zurück. So sind die landwirtschaftlichen Maschinen um 29,9 Prozent gestiegen. Die Elektromotive um 21 Proz., die landwirtschaftlichen Geräte allerdings um 52,6 Proz., während die Lastkraftwagen um 17 Proz. gestiegen sind. Die Landwirtschaftsdüngemittel, die ja eine außerordentliche Rolle spielen, stehen ebenfalls unter der Vorkriegszeit. Ein Argument für den Schutzzoll ist aus der Passivität der Handelsbilanz gezogen. Es wird immer wieder erklärt, daß es unbedingt notwendig ist, die Einfuhr auf das Mindestmaß zu beschränken, da sonst die Valuta sinkt. Die Passivität der Handelsbilanz ist aber im wesentlichen von dem internationalen Kreditverhältnis abhängig, das heißt, solange dem deutschen Kapital vom Auslande Kredite usw. zur Verfügung gestellt werden, solange kann es auf Kosten des ausländischen Kapitals leben. Diese Kapitalien werden aber nur dann gegeben, wenn Aussicht besteht, sie in irgend welcher Weise wieder herein zu bekommen. Die deutsche Handelsbilanz ist außerordentlich passiv und zwar wegen der außerordentlich gesteigerten Einfuhr von Fertigprodukten. Sie beruht weniger auf dem Hereinstrom von Auslandskapital. Der deutsche Konsum ist unverhältnismäßig gestiegen. Eine Beschränkung der Einfuhr ist aber keineswegs ein Mittel zur Behebung der passiven Handelsbilanz, sondern allein eine Steigerung der Einfuhr. Dies kann aber nicht erreicht werden, da der deutsche Schutzzoll sehr wohl die Einfuhr herabsetzen kann, aber notwendiger Weise auch gleichzeitig die Ausfuhr um denselben Betrag kürzen muß. Es wird alles im wesentlichen bei der Einstellung des Auslandes zu dem Problem von Schutzzoll und Freihandel ankommen. Das Ausland ist in jeder Beziehung schutzzöllerisch, darum muß sich das deutsche Kapital, wenn es seine Lage wahren will, ebenfalls seine Wirtschaft so aufbauen. Die Existenz des Kapitals ist aber nicht gleichbedeutend mit der Existenz des Proletariats. Im Gegenteil, die Form, in welcher das Kapital sich seine Existenz schafft, ist tödlich für die Arbeiterschaft. Der Rückzug auf dem Binnenmarkt bedeutet schärfste Ausbeutung der Arbeiterschaft. Dies ist nicht irgend eine beliebige, von guten oder bösen Willen des Kapitals abhängige Fassung, sondern das Kapital ist aus der gesamten Wirtschaftslage heraus zu dieser Fassung gezwungen. **Es ist daher ein vollkommener Unsinn, wenn die SPD. und die KPD. den Kampf gegen den Schutzzoll als eine Möglichkeit für das Proletariat hinstellen.** Die brutale Form, in welcher die Auseinandersetzung erfolgt, zeigt aber klar, daß ein Kompromiß zwischen beiden logisch gar nicht möglich ist. Das deutsche Kapital kann die notwendige Kapitalsakkumulation nur auf dem Wege des Schutzzolles erreichen. Das Proletariat kann aber seine Existenz nicht in dem Kampf gegen den Schutzzoll, sondern nur im Kampf um den Konsum durchsetzen.

Soeben erschienen!

Proletarier

Zeitschrift für revol. Klassenkampf

Heft 9 **Preis 0,30 Mk.**

Aus dem Inhalt: **Der Imperialismus, sein Kampf gegen die erwachenden Kolonien und das Proletariat. — China als Wirtschaftsland der Zukunft. — Bauernkrieg und Kleinbauernfrage. — Ein Schuß. — Bücher und Notizen. — Bibliographie.**

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder direkt von der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Str. 49. Postscheckkto. Berlin 480 29.

Politische Rundschau

Sozialdemokratie und Zentrum

Sie balgen sich wie die Hunde um den Knochen, um das Steuergesetz.

Der große Streit um das Steuergesetz hat auch wieder ein wenig Schaum an die Oberfläche getrieben. Womit sollte sonst der Parlamentarismus auch ein wenig aufgefrischt werden als durch eine kleine Parlamentsrevolution. Wir wissen, daß die KPD. darinnen sitzt, um ab und zu ein wenig Theater zu machen, mit dem sie dann als Ruhestörer an die frische Luft befördert wird. In der dritten Steuerlesung war es wieder Neubauer, der sich „ohne Gewalt" entfernte.

In dieser Sitzung des Reichstages ist es aber auch zwischen dem schwarzen und dem roten Zentrum zu einer Katzbalgerei mit etwas Abschaum gekommen. Zentrum und Sozialdemokratie, die sonst in Frieden nebeneinander herlaufen, haben sich ihre Schlechtigkeiten vorgeworfen.

In der Hitze des Gefechts ist der Zentrumsabgeordnete Brünnig über die rotgefärbten Glaubensgenossen hergefallen, um der SPD. Instruktionen über ihre Konsequenzen zu geben. Er sagt auf die Rede des SPD.-Abgeordneten Hertz:

„Wir haben uns sehr zurückgehalten mit Rücksicht auf die zukünftige Entwicklung. Wenn Sie auf die zukünftigen Verhältnisse bei Ihrer Polemik gegen uns so wenig Rücksicht nehmen, dann werden Sie eines Tages Ihre Konsequenzen ziehen müssen. (Hört! Hört! rechts und bei den Komm.) Sie scheinen andernfalls diese Tragweite gewisser Ereignisse zu unterschätzen, die wir von außen in Ihrer Fraktion beobachten konnten. (Abg. Dr. Breitscheid, Soz.: „Was denn? Heraus mit der Sprache!".) Der Wille zur Verständigung mit der Linken ist dauernd bei uns vorhanden gewesen. (Abg. Dr. Breitscheid: Wohl beim Zolltarif?) Dieser Verständigungswille hat bei verschiedenen Beschlüssen auch Früchte getragen. Wir haben uns immer bemüht, auch die Linke wieder zur Verantwortung mit heranzuziehen. Wenn ich aber an die Möglichkeit denke, daß das Zentrum mit Herrn Dr. Fischer und mit der Sozialdemokratie allein die Steuern machen sollte, so überläuft mich ein Grausen. Es ist auch vergebliche Liebesmüh, wenn die Sozialdemokraten versuchen, die christlichen Arbeiter vom Zentrum abzuziehen. Wer darauf rechnet, verkennt den tiefen Gegensatz, in dem die Psyche des christlichen Arbeiters zu sozialdemokratischen Auffassungen steht. (Beifall i. Ztr.) Vielleicht ist Abg. Dr. Hertz gezwungen gewesen in diesem Augenblick mit Rücksicht auf gewisse Strömungen in seiner Partei, so scharfe Angriffe gegen das Zentrum zu richten. (Gelächter b. d. Soz.) Wenn die Sozialdemokraten die Steuerfragen zur Agitation gegen uns benutzen wollen, so werden wir dem Volke sagen, daß die Sozialdemokraten, als sie in der Regierung saßen, eine ganz andere Steuerpolitik gemacht haben. (Hört! Hört! rechts.) Wir halten an unserer alten Grundlinie fest, daß wir großen Parteien die Möglichkeit geben wollen, an der Regierungsverantwortung teilzunehmen. Wir können aber selbstverständlich große Parteien in ihrer Entwicklung nicht beeinflussen. Wir sind nach wie vor jederzeit bereit, Anregungen und Mitarbeit, von welcher Seite sie auch kommen, bei den einzelnen Gesetzen dankbar anzunehmen. (Beifall im Zentrum.)"

Also wird sich die SPD. in Zukunft entschieden mehr den Richtlinien des Zentrums fügen müssen, will sie nicht den Boden der großen Koalition fallen lassen. Wenns auch schwer fällt, die Konsequenz liegt im Opportunismus. Und wenn schon in den Steuerberatungen ein wenig Opposition getrieben wurde, in Zukunft heißt es sich wieder fest auf den Boden der Tatsachen stellen und nicht aus der Reihe tanzen, oder jede Position, die mit Hilfe der Zentrumskoalition geschaffen wurde, geht flöten.

Will nun die KPD. den Weg der Einheitsfront, muß sie denselben gehen. Die Konsequenz ist Opportunismus. — alles ist Theater.

Revolution

Revolutionen sind eine schreckliche Sache, aber sie sind notwendig wie Amputationen, wenn irgendein Glied in Fäulnis gerät. Da muß man schnell zuschneiden, und ohne ängstliches Innehalten. Jede Verzögerung bringt Gefahr, und wer aus Mitleid oder aus Schrecken, beim Anblick des vielen Blutes, die Operation nur zur Hälfte verrichtet, der handelt schlimmer als der schlimmste Wüterich.

Dieses Zitat von Heinrich Heine stand am Sonntag in der „Vorwärts"-Beilage „Zeit und Volk".

Sehr treffend hat hier die SPD. sich selbst gezeichnet.

Die Arbeiterbanken in Deutschland und Oesterreich

Wir brachten vor kurzem eine Schilderung von dem Wesen der Arbeiterbanken in Amerika. Die stürmische Entwicklung der Gewerkschaftsbanken, die wie Pilze aus dem Boden schießen, vollenden gewissermaßen das „Zusammenwachsen" der amerikanischen Gewerkschaften mit dem politischen und dem Finanzapparat des kapitalistischen Staates. Die Banktätigkeit, die neben der „Lebensversicherung", dem Ankauf von Betrieben und der Beteiligung an anderen ähnlichen kaufmännischen „Geschäften" in der gewerkschaftlichen „Tätigkeit" eine immer größere, ja überwiegende Bedeutung gewinnt, macht die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten zu einem integrierenden Teilchen der kapitalistischen Maschine, zu einer Waffe des Kapitals zur Beeinflussung der Arbeitermassen. Daher sind die vorläufig zwar noch schüchternen Versuche, das amerikanische Experiment in Europa nachzuahmen, doch von gewisser Bedeutung. Die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands und Oesterreichs folgt in dieser Hinsicht trotz ihrer sogenannten „marxistischen Ideologie" dem amerikanischen Beispiel. Es ist deshalb nicht von ungefähr, daß Gompers noch kurz vor seinem Tode auf dem Kongresse der Amerikanischen Arbeitsföderation in El Paso mit dem Vertreter des ADGB. (Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), Graßmann, so rührend Brüderschaft schloß. Was aber in Amerika ganz offen geschieht, indem man die Beschlüsse des Kongresses in El Paso befolgt, der nüchtern die Dividenden und das Verlustrisiko der verschiedenen kaufmännischen Unternehmungen prüfte, das wird in Europa insgeheim getan und zurechtgestutzt, denn es erscheinen in der Gewerkschaftspresse nur äußerst spärliche Nachrichten über die Tätigkeit und die ersten Erfolge dieser vielversprechenden Sprößlinge des Finanzkapitals.

Die Idee, in Deutschland eine Gewerkschaftsbank zu gründen, tauchte bereits während des Krieges auf, wurde aber erst in der Inflationsperiode durchgeführt, nachdem ein großer Teil der Verbandsgelder verloren gegangen war. Anfang 1924 wurde die „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G." ins Leben gerufen. An der Gründung beteiligten sich sämtliche Organisationen des ADGB., sowie die meisten der Afa und dem ADGB. angeschlossenen Angestellten- und Beamtenverbände. Der Anfang war sehr bescheiden, das gesamte Grundkapital betrug 750 000 Goldmark. Aber bereits am Ende des ersten Operationsjahres erreichten die Bankeinlagen (fast ausschließlich von Gewerkschaften) 9½ Millionen Goldmark. Die Gründer sehen voll Vertrauen der Zukunft entgegen und hoffen, ihr Unternehmen zur Depositenbank sämtlicher Gewerkschaften, der Krankenkassen, der Genossenschaften und deren einzelnen Zweigstellen, sowie zur Sparkasse für die Arbeiter ausbauen zu können. Es wird geplant, die einlaufenden Gelder hauptsächlich zur Finanzierung genossenschaftlicher Unternehmungen auszunutzen. Die Leiter betonen jedoch, daß die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten sich in nichts von anderen Bankunternehmungen unterscheiden darf, daß „die Geschäftsführung rein kapitalistisch sein muß" und folglich auch der Privatgeldmann in Anspruch zu nehmen ist. Die Bank wird sich mit Emission von Obligationen, Anleihen und anderen Wertpapieren befassen, „Tochtergesellschaften" gründen und überhaupt bestrebt sein, möglichst hohe Profite herauszuschlagen.

Von den 9½ Millionen Goldmark verwandte die Arbeiterbank 5 Millionen zu „sicheren" Geschäften mit kapitalistischen Großbanken und 4½ Millionen wurden für Kreditzwecke bereitgestellt, jedoch hauptsächlich an Privatunternehmungen und nur zu einem geringen Teil an Gemeinde-, Genossenschafts- und ähnliche Organisationen gegeben. Dieses Geschäftsgebaren der Arbeiterbank wird von einem gewissen Martin Wagner in der Zeitschrift des ADGB. „Die Arbeit" (Nr. 5 vom 15. Mai 1925) recht eigenartig kritisiert, der in seinem Aufsatz: „Gemeinwirtschaftspolitik des Arbeiterkapitals") eine Redewendung, die auch bei den amerikanischen Arbeiterbankiers sehr beliebt ist), ähnlich wie die Kommission des amerikanischen Gewerkschaftsbundes auf dem Kongreß in El Paso die von den Arbeitern noch vor dem Kriege in Sparkassen, privaten Versicherungsgesellschaften, Krankenkassen, Genossenschaften usw. angelegten Gelder auf einige zehn Milliarden Mark berechnet, und davon träumt, daß „dieses Kapital des Volkes mit Vorbedacht, mit Plan und Ziel, dem privaten Herrenkapital entgegengestellt, auch unsere größten Kapitalsmagnaten zum Erzittern bringen könnte. Welche Macht läge in der Hand des Volkes, wenn dieses Kapital aus der beherrschten zur herrschenden Stellung, aus dem schlummernden zum wachenden Zustand, aus dem zersplitterten Syndikalismus zur konzentrierten Aktion gebracht werden würde?"

Selbstverständlich soll diese Herrschaft des „Kapitals des Volkes" auf friedlichem Wege und unauffällig erreicht werden. „Das Volk glaubt heute noch, daß eine Revolution nur eine gewalttätige und oft blutige Handlung sein müsse." „Nur wenige „Erwählte" haben erkannt, daß eine Revolution, ohne ein Gesetz und eine Seele zu verletzen, weitaus erfolgreicher dadurch herbeigeführt werden kann, daß das Volk seine Kräfte zu einer wirtschaftspolitischen Handlung vereinigt und zur Selbsthilfe greift."

Unser „Marxist", der an die Möglichkeit einer „Revolution mit Hilfe des Volkskapitals" glaubt, unterbreitet sodann den Gewerkschaften den Plan seiner „unblutigen Revolution". Nach Wagner ist das junge Bankunternehmen der Gewerkschaften der Anfang der „Mobilisierung der Wirtschaftsmacht des Volkskapitals" . . . „Gewiß, das jüngste Kind der Gewerkschaften wächst, blüht und gedeiht, und die Mutter hat ihre stille Freude daran . . ." „Gewiß, es ist schon ein erster Schritt ins Neuland, wenn das Volk den Beweis erbringt, daß es auf wirtschaftlichem Gebiete genau so als Handelnder auftreten kann wie die Führer der Privatwirtschaft."

Wagner teilt aber nicht „die stille Freude der Mutter", d. h. des ADGB. Das rasche Gedeihen des Kindes erscheint ihm ungenügend für die „unblutige Revolution" und er befürchtet, daß es rachitisch wird. Im besonderen macht ihm die obenerwähnte Kreditverteilung Sorge, die im ersten Operationsjahre hauptsächlich der Unterstützung von Privatunternehmungen diente. Allerdings ist Wagner, wie er selbst erklärt, „nicht radikal genug", um den Leitern der Bank daraus einen Vorwurf zu machen. Sie müssen doch „Geschäftsleute" sein. Immerhin verwirrt ihn doch die Tatsache, daß sich die Bank zu „mehr als 75 v. H. in den Dienst der privatkapitalistischen Wirtschaft" gestellt hat oder stellen mußte, womit zugleich gesagt ist, daß das „Kapital des Volkes" nicht auf der Seite der „Volksinteressen", sondern auf der Seite seiner Gegner gekämpft hat.

„Aus der Tatsache, daß eine Arbeiterbank gezwungen war, Arbeiterkapital den Gegnern der Arbeiterschaft zuzuführen", zieht Wagner, obwohl er sich über diese Tatsache an Hand der Hilferdingschen Arbeiten aus der Vorkriegszeit (siehe: Hilferding: „Das Finanzkapital") unterrichten könnte, die für die gegenwärtigen deutschen „Marxisten", die eine „negative Kritik der Privatwirtschaft" ablehnen, äußerst charakteristische Schlußfolgerungen, daß die Bank und die sie leitenden Gewerkschaftler Produktionspolitik treiben müssen. Wagner entwirft einen grandiosen Plan, wie die Arbeiterbank die Milliarden der Volksersparnisse aufsaugt, Betriebe kauft, neu errichtet, finanziert und nach dem Muster der großen Konzerne und Trusts zusammenlegt. Dies führt zum Sieg! Das ist der richtige und schmerzlose Weg zur „unblutigen Revolution" und zur „Gemeinwirtschaft." (Wagner vermeidet das Wort „Sozialismus" denn man darf die Geschäftsleute nicht vor den Kopf stoßen.")

Es kommt uns nicht in den Sinn, über diese Blütenlese kleinbürgerlicher Illusionen dieses „Dr. Unblutigs" des ADGB. noch ein Wort der Kritik zu verlieren. Wir haben es hier mit einer eigenartigen Neuauflage der Ideen Proudhons in revisionistischer Aufmachung zu tun. Die angeführten Zitate sprechen für sich. Bemerkenswert ist nur, daß diese „amerikanische" Gompersche Ideologie in einem offiziellen Organ veröffentlicht und den Lesern als letztes Wort der Gewerkschaftspolitik unterbreitet wird.

Für die freien Gewerkschaften Deutschlands ist die Gründung der Gewerkschaftsbank eine „neue Sache". Die christlichen Gewerkschaften verfügen schon seit langem über starke Bankinstitute. Zweifellos wird das neue Unternehmen des ADGB., wenn auch nicht so vollkommen wie die amerikanischen Vorläufer, in die Hände der kapitalistischen Großbanken fallen, von diesen an Händen und Füßen gefesselt und ins Schlepptau genommen werden. Angesichts der zitierten Perlen wird man wohl kaum noch darüber staunen, daß diese Ideologen hoffnungsvoll glauben, mit Hilfe der Arbeiterbanken den Kapitalismus auch im internationalen Maßstabe „überwinden" zu können, einen erfolgreichen Kampf gegen die internationale Kapitalskonzentration durch Verbindung mit den Arbeiterbanken der anderen Länder und durch Beteiligung an dem internationalen Kreditverkehr führen zu können.

Denselben Charakter hat die Arbeiterbank in Oesterreich, und dieselben ideellen Fäden verbinden diese mit dem amerikanischen Urbild. Dieses gemeinsame Unternehmen der Gewerkschaften und Genossenschaften, die „Arbeiterbank A.-G.", die seit dem 1. Januar 1925 auch Einlagen von Privatpersonen annimmt, hat kürzlich ihren zweiten Jahresbericht veröffentlicht. Der „äußerst günstige Bilanzabschluß widerlegt durch Tatsachen alle Zweifler". Die Aktionärversammlung im April 1925 beschloß, daß bisherige Bankkapital von 5 Millionen Kronen auf 100 Milliarden zu erhöhen. Die Depositen erreichten die Summe von 139 Milliarden und bestanden zum größten Teil aus den Einlagen der Gewerkschaften und Genossenschaften sowie aus kleinen privaten Sparguthaben (3½ Milliarden). Wie es im Jahresbericht stolz heißt, befaßt sich die Bank zwar nicht mit „Spekulationen", aber immerhin stehen ihre Gelder dem Privatmarkt zur Verfügung, hauptsächlich Industriebetrieben (Rüttgers Werke, u. a.) Seit August 1924 wurde zwar vorübergehend Privatpersonen der Kredit gesperrt, jedoch ausschließlich wegen der zahlreichen Bankrotte, so daß die Bankleitung dazu überging, ihre überschüssigen Gelder bei sicheren „erstklassigen" privatkapitalistischen Banken unterzubringen. (Schluß folgt.)

Die Verfassungsfeier

Das große Massenfest der Hunderttausende liegt hinter uns. 800 Tausend, nein sogar 1 Million, schreibt der „Vorwärts", waren im Treptower Park vertreten, um die Verfassung zu feiern. Im Zeichen von Schwarzrotgold, unter den Parademärschen des Reichsbanners verlief die Feier festordnungsgemäß ohne jede Störung. Das gesamte Volk war begeistert von dem Festakt und von den Reden der großen Proletariermörder. Es war ein Fest der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Nicht nur der Massenrummel in Treptow mit Sackhüpfen und Topfschlagen, mit Suff und Tanz in überfüllten Lokalen, — auch im Reichstag und im Privatsalon unseres Reichspräsidenten Hindenburg wurden ernste und feuchtfröhliche Feiern abgehalten. Trotz der großen Redeschlachten, der schönen Liebkosungen, die man sich über Zoll- und Steuerprogramme an den Kopf geworfen hatte, zu Ehren des Verfassungstages lag alles frieden- und freudetrunken in den Armen. Alle waren anwesend, außer den Ruhestörern, den Völkischen und den Kommunisten, die wahrscheinlich vergessen hatten, daß sie erst vor kurzem noch den Boden der Republik, der Verfassung für geheiligt erklärt hatten. Sie fehlten leider im Bunde dieser großen Republikfreunde. — Vielleicht werden sie's wieder bereuen.

Sonst waren alle aufs tiefste bewegt und religiös, ernst und schweigsam, als der schwarzrotgold ausgeschmückte Reichstagssaal unter den Klängen feierlicher Sinfonien und den schönen Reden der Republiklenker und -leiter widerhallte.

Republikaner und Monarchisten, die Vertreter der Bourgeoisie und die Sozialdemokratie, sie feierten „ihre" Verfassung. Hindenburg schritt mit dem General von Seeckt die Front der Paradetruppen ab, die vor dem Reichstag Stellung genommen hatten. Sie hatten ja in den 6 Jahren oft genug bewiesen, wie man die Verfassung gegen die unterdrückte Arbeiterklasse schützt. Mit genügend Arbeiterblut hatten sie **die** Republik eingeweiht, durch die die Bourgeoisie nach dem Umsturz 1918 wieder in den Sattel gehoben wurde. Alle Veranlassung war vorhanden, sie mit an der Feier des Tages teilnehmen zu lassen.

Im weiten Bogen stand das Proletariat und das Kleinbürgertum, vielleicht auch gewisse Teile der Bourgeoisie, und hielt Maulaffen feil.

Viele der Ausgebeuteten haben heute, nach 6 Jahren republikanischer Verfassung noch nicht begriffen, daß die Arbeiterklasse nicht die geringste Veranlassung hat, diese Verfassung zu feiern. Genügend Erfahrungen, bittere, blutige Erfahrungen sind an ihnen vorübergegangen, ohne daß von einer tieferen Erkenntnis der Dinge in dieser Republik gesprochen werden könnte.

Der kleinbürgerliche Betrug, mit dem die Sozialdemokratie 1918 durch die Verfassung das Proletariat von der Durchführung der Revolution ablenkte, hält leider auch heute noch große Massen gefesselt. Sie glauben an Parlamentarismus und demokratische Republik, und vergessen den Klassenkampf um ihre Befreiung.

Mit der Abfindung der kleinbürgerlichen Demokratie und kleiner sozialer Verbesserungen gewährten sie dem Kapitalismus freie Bahn für seine Reaktion. Heute steht die Arbeiterklasse durch die Gesetze der Republik gefesselt, teils auch noch im Banne einer demokratischen Illusion, der Reaktion hilflos gegenüber. Seine Vertreter, die SPD. und die Gewerkschaften, sind in dieser Staatsform materiell und ideologisch verankert, schützen dieselbe und verschachern die Arbeiterklasse stündlich an das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe. So ist das Proletariat durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften und auch durch die Parlamentskommunisten an diesen modernen Ausbeuterstaat gefesselt.

Durch nichts unterscheidet sich dieser von der ehemaligen Monarchie, als daß er seine Verwaltungsform geändert hat. Sein Wirtschaftsgetriebe, der Kapitalismus, ist das gleiche geblieben, das seine Ausbeutung noch verschärft hat. Wenn heute die Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie die Verfassung feiert, so geschieht es auf Konto der Dummheit der Massen, die mit allen Mitteln der Ablenkung nach dem Treptower Park dirigiert werden. Solange das Proletariat an Republik und Parlamentarismus glaubt, ist an seine Befreiung aus den Klauen des Kapitalismus, die sich auf diese Verfassung stützt, nicht zu denken.

Nicht in der Eroberung der republikanischen Verfassung liegt die Aufgabe der Arbeiterklasse, sondern in der Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftsstaates.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse ist die Zertrümmerung des parlamentarischen Staates überhaupt und der Aufbau der Rätediktatur. Nur auf dem Boden der revolutionären Räteorganisation, die in den Produktionsstätten verankert ist, kann das Proletariat seine Macht aufbauen.

Es hat keine Veranlassung, diese im Blut seiner Klassengenossen aufgerichtete Verfassung zu feiern, sondern sie zu zertrümmern und der kapitalistischen Reaktion die proletarische Rätediktatur entgegenzustellen. Nur mit der Vernichtung des Systems ist der Sieg unser.

Billige Arbeitssklaven

Die ständigen Betriebseinstellungen, besonders im Ruhrbergbau usw. bringen wieder viel billiges Menschenmaterial auf den Markt. Der Sklavenmarkt schreitet wieder in den brutalsten Bahnen. Alles versucht, die Arbeitslosen um Nichts in den Ausbeutungsprozeß zu stecken. Der Staat greift mit vollen Armen in das Material hinein, um für das Hungerentgeld der Erwerbslosenunterstützung einen ungeheuren Gewinn zu erzielen. Die Regierungen beraten darüber, wie die sich immer mehr steigernden Erwerbslosenmassen am besten zur produktiven Erwerbslosigkeit herangezogen werden können. Der ungeheuer vernachlässigte Chausseebau soll mit diesen billigen Arbeitskräften wieder aufgenommen werden.

Auf der andern Seite warten die Junker schon wieder auf die überaus billigen Sklaven, die ihnen die Ernte einbringen. Schon heute verschickt man die ersten aus dem Ruhrgebiet nach dem Osten.

Bald wird ein gewisses Kopfgeld für jeden erworbenen Sklaven eingeführt, und in Herden treibt man sie von den Arbeitsämtern gegen produktive Erwerbslosenunterstützung auf die Güter.

Im Kapitalismus liegt ein System, das den Lohnsklaven von einem Ort der Ausbeutung zum andern treibt.

Russische Vertreter bei Stresemann

Der russische stellvertretende Volkskommissar hatte am Sonnabend, den 9. August, auf der Rückreise von Marienbad, wo er seine Ferien verlebte, in Berlin beim Reichsaußenminister Stresemann eine längere Unterredung. Der russische Botschafter Krestinski war bei derselben auch anwesend. Es handelt sich wahrscheinlich darum, die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, die Rußland sehr benötigt, wieder enger zu verknüpfen. Bis dato hat ja die deutsche Regierung ihr Verhältnis zu Rußland in jeder Beziehung offen gelassen, so daß die Verhandlungsversuche Rußlands einen ganz bestimmten Grund haben werden. D. h. nicht den „Bolschewismus" mit dem Garantieschein Stresemanns nach Deutschland zu verpflanzen, sondern um kapitalistische Wirtschaftsinteressen und politische Staatsinteressen miteinander zu regeln. Litvinoff besuchte außerdem den Staatssekretär v. Schubert, um die schwebenden deutsch-russischen Fragen zu besprechen.

Die Deutsche Sektion der KP. wird nun, wenn die Verhandlungen geglückt sind, wieder neue Instruktionen über ihr Verhalten in der gesamten Staatspolitik bekommen, wahrscheinlich wird sich der Obstruktionskurs wieder ändern.

Wirtschaft

Die Krise macht erfinderisch

Der Selbsterhaltungszweck ist von jeher der Trieb der Entwicklung gewesen. Der Kampf des Selbst mit der Umwelt, ganz gleich, ob es nun der der Individien um die Bedürfnisse, oder der kapitalistische Trieb nach Kapitalserweiterung ist, er bringt den Menschen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwandlungen. Der vergangene Weltkrieg mit seinem grenzenlosen Vernichtungswahnsinn hat trotzdem in der kapitalistischen Welt eine ungeahnte wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzung geschaffen. Hat dort der bis ins äußerste angespannte erfinderische Geist der allgemeinen Wissenschaft und somit auch der gesamten Gesellschaft eine Unmenge verborgener Natur- und Wirtschaftskräfte überliefert. Auf allen Gebieten kann man sagen; in der Elektrizität (Radio usw.) in der Chemie, in der gesamten Technik und hier vor allem in der Flugtechnik.

Im Besonderen steht im Vordergrund der Wirtschaftsumwälzung jedoch die Ausnutzung, die physikalischen Kräfte des Erdöls. Wir haben schon mehr davon geschrieben. Die Umstellung auf diese für die gesamte Technik vorteilhafteren Naturprodukte im Verhältnis zur Kohle, bringt nicht nur eine technische, sondern eine allgemein wirtschaftliche Umwälzung mit sich.

Wir wissen, daß auf den Einfluß dieser Umwälzung ein großer Teil der allgemeinen Kohlenkrise zurückzuführen ist, und anderseits die ölbesitzenden Staaten in den Vordergrund der großimperialistischen politischen Interessen gedrängt werden. Die Wirtschaftskonkurrenz nimmt ganz neue Formen an. Alles will in den Besitz des Erdöls kommen.

Auf dieser Linie ist jetzt in Deutschland wieder eine neue Erfindung aufgetaucht. Im preußischen Handelsministerium finden seit einigen Monaten Beratungen statt, die Kohle in den Dienst der Oelproduktion zu stellen. Nach vorliegenden Erfindungen soll die fetthaltige Kohle in Oel verwandelt werden. Die Beratungen gehen dahin, ein größeres chemisches Werk von Staatseiten dafür zu beauftragen, bzw. zum Teil zu finanzieren.

Nach einem bestimmten Verfahren wird die Kohle zu einem Brei zermahlen, alsdann zu einer Siedehitze (300—400 Grad) erwärmt. Bei dieser Erhitzung löst sich die Kohle in ihre Ursubstanzen, worunter sich ein großes Teil Oel befindet, auf.

Diese Gewinnung des Oels stellt sich gegenüber dem Oelprens im allgemeinen entschieden billiger. Zur Gewinnung von 1 Tonne Oel werden 3 Tonnen Kohle benötigt, d. h. 1 Tonne als Betriebsstoff. Eine Tonne Oel kostet 180—200 Mark, wogegen drei Tonnen Kohle nur 45 Mk. kosten. Bei Anrechnung aller Unkosten ist dieses Produkt dennoch ein großes Teil billiger.

Wir sehen, wie man mit allen Mitteln versucht, der Katastrophe aus dem Wege zu gehen. Was man bei allen Versuchen nicht aus der Welt schaffen kann, ist, daß die wirtschaftlichen Kräfte des Kapitalismus die gesellschaftlichen, den Konsum, so weit überflügelt haben, daß an einen Ausgleich mit Rücksicht auf das kapitalistische Bestreben selbst, garnicht gedacht werden kann. Der Ausgleich geschieht nur auf Kosten des Unterganges der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Krise der europäischen Textilindustrie

Der gewaltige Abwehrstreik der englischen Textilarbeiter ist ebenso eine Auswirkung der Weltwirtschaftskrise als die Krise des englischen Bergbaues, die wir in einem Aufsatz in Nr. 61 umrissen haben und die Krise des deutschen Bergbaues. Die Eiterbeule des erkrankten Weltwirtschaftskörpers, die man im Bergbau auf die widernatürlichste Weise zu verstopfen suchte, bricht in der Textilindustrie auf. Ein Konflikt in den Rohstoffindustrien hätte mit einem Male den Wirtschaftskörper zur Ader gelassen; die Verhinderung muß sich in den Verbrauchsindustrien auswirken. Die Abwehrmaßnahmen der englischen Textilarbeiter gegen Lohnkürzung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist nur der Anfang. Die Belastung, die die englische Gesamtwirtschaft durch eine Staatsunterstützung an den Bergbau erfährt, muß noch in weiteren Konflikten anderer Wirtschaftszweige zum Ausdruck gelangen.

Da die Rohstoff- und Produktionsmittelindustrien eine weitere Belastung nicht ertragen, muß diese notwendig auf andere Industrien und Wirtschaftszweige abgewälzt werden. Dies trifft nicht nur auf England, sondern auf ganz Europa zu. Der Kapitalismus des industriealisierten Europa ist eine so in sich verflochtene Einheit, daß eine Sonderbehandlung eines nationalen Wirtschaftsgebietes das Gesamtbild nur verschleiern würde. Die Industrien, die für den unmittelbaren und lebensnotwendigen Konsum arbeiten, waren bisher von der Krise weniger erfaßt. Sie lebten auf Kosten der Schlüsselindustrien. Die Konsumindustrien, die leidlichen, zum Teil guten Absatz hatten, waren imstande, ihre Preise hoch zu halten, zum Teil zu erhöhen. Das belastete die Lebenshaltung des Gesamtproletariats und verhinderte eine Preisherabsetzung, auch der Rohstoff- und Produktionsmittelindustrien. Die Wechselwirkung belastete auch die Konsumindustrie und als weitere Auswirkung die nicht produktive, aber gesellschaftlich notwendige Wirtschaft.

Der Produktionsapparat ist in seiner Leistungsfähigkeit weit über die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinausgewachsen, die von der Kaufkraft der Bevölkerung, in erster Linie die der Arbeiterklasse diktiert wird. Denn die Aufrichtung der Produktion auf ihren jetzigen Stand, ist größtenteils durch Lohndruck und Aufsaugung der aus Steuern angesammelten Staatsfinanzen, d. h. durch Zerstörung der Kaufkraft erfolgt. Diese Widersprüche müssen sich notwendig steigern, jemehr die Kapitalismen der kolonialen Absatzgebiete erstarken. Ist die europäische Industrie erstarkt auf Kosten der nationalen Kaufkraft, wirkt die Eroberung der kolonialen Märkte durch die Schaffung und Erstarkung der kolonialen Kapitalismen krisenverschärfend.

Die Verhältnisse der europäischen Textilindustrie, d. h. das Anwachsen der Produktionsmittel und Rückgang des Konsums trifft auf den gesamten europäischen Wirtschaftskomplex zu: Bergbau, Schiffahrt und Schiffbau, Verarbeitende Industrien usw. Der Wirtschaftskrieg Deutschland—Polen mit seinen üblichen Auswirkungen in den Optantenlagern, hat nicht zum kleinsten Teile die Textilindustrie zur Grundlage. Im „Friedensvertrage" ist die große Textilindustrie in Lodz und Umgebung, die auf den Markt des zaristischen Rußland zugeschnitten war, Polen zugesprochen. Von der Ausfuhr der polnischen Textilindustrie hängt in starkem Ausmaße der polnische Staatshaushalt, ja die gesamte polnische Wirtschaft ab. Polen hat seine Textilkrise solange es als selbständiger Staat besteht. Frankreich hat durch Elsaß-Lothringen mit seiner starken Textilindustrie ein Danaergeschenk erhalten, daß seine übrigen Sorgen um ein erkleckliches vermehrte. In Deutschland, dessen Textilindustrie relativ eine Kleinigkeit zurückging, sind es gegenwärtig Bekleidungsindustrie und -Handel, die die meisten Zusammenbrüche stellen. England hat seine Spindelzahl etwas vermehrt, große Absatzgebiete aber gingen ihm (hauptsächlich) durch die Erstarkung der Textilindustrie in Indien und China verloren. Amerika hat seine Spindelzahl stark vermehrt und wirft mit seiner überlegenen Technik die europäischen Industrien aus den überseeischen Absatzmärkten. Die (gesamte) Weltpdroduktion ist gegen die Vorkriegszeit um rund 25 Prozent zurückgegangen trotz gleichzeitiger schätzungsweiser Zunahme der Weltbevölkerung um rund 160—170 Millionen Menschen und gleichzeitigem Anwachsen der Produktionsmittel. Der Kreislauf zwischen Produktion und Konsum ist unterbrochen und kann bei den wachsenden Widersprüchen des kapitalistischen Produktionssystems nicht mehr ins Geleise kommen.

Ein anschauliches Bild von dem Maße der Verschiebungen innerhalb der Welttextilindustrie bietet eine Betrachtung der von der International Federation of Master Cotton Spinners and Manufacturers Associations regelmäßig herausgegebenen Zahlen über die Größe der Baumwollindustrie in den verschiedenen Ländern, gemessen an der Spindelzahl, und ihre Vergleichung mit der Vorkriegszeit. Das klassische Land der Baumwollindustrie, Großbritannien, besaß am 1. März 1914 55,97 Millionen Spindeln, am 31. Januar 1925 56,71 Millionen. Die Vereinigten Staaten von Amerika verfügten zu den gleichen Terminen über 31,52 Millionen bzw. 37,88 Millionen Spindeln. Für die übrigen hauptsächlichsten Baumwollindustrieländer stellten sich die entsprechenden Zahlen wie folgt: Deutschland am 1. März 1914 11,4 Millionen, am 31. Januar 1925 9,5 Millionen (Verlust der ausgedehnten elsässischen Textilindustrie); Frankreich 1914 7,4 Millionen, 1925 9,5 Millionen (Zuwuchs der elsässischen Industrie); Rußland 1914 9,11 Millionen, 1925 7,24 Millionen (wovon schätzungsweise nur 3,37 Millionen Spindeln arbeiten); Polen 1925 1,14 Millionen; Italien 1914 4,6 Millionen, 1925 4,63 Millionen; Oesterreich 1914 4,94 Millionen, 1925 1,05 Millionen; Tschechoslowakei 1925 3,46 Millionen; Spanien 1914 2,2 Millionen, 1925 1,81 Millionen; Belgien 1914 1,51 Millionen, 1925 1,76 Millionen; Schweiz 1914 1,38 Millionen, 1925 1,52 Millionen; Kanada 1914 0,86 Millionen, 1925 1,15 Millionen; Mexiko und Brasilien 1914 0,54 Millionen, 1925 2,52 Millionen; Japan 1914 2,41 Millionen, 1925 5,11 Millionen; China 1925 3,35 Millionen; Indien 1914 6,39 Millionen, 1925 8,31 Millionen. Die Weltbaumwollspindelzahl stellte sich, gleichfalls nach den Angaben der International Federation, am 1. März 1914 schätzungsweise auf 144,704 Millionen und zwar am 31. Januar 1925 auf 159 904 Millionen angewachsen, d. h. um faßt 11 Prozent gestiegen; hiervon entfielen auf Europa 100 421 Millionen, auf Asien 16 733 Millionen und auf Nord- und Südamerika 41 567 Millionen Spindeln. Besonders bemerkenswert ist das Anwachsen der Spindelzahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika von 31,52 auf 37,88 Millionen, d. h. um 20 Proz., in Kanada, Mexiko und Brasilien (das bekanntlich erfolgreiche Bemühungen zur Steigerung des Baumwollbaus macht), in China sowie in Indien um 30 Proz. und endlich in Japan von 2,41 Millionen auf 5,11 Millionen oder um 115 Prozent.

Die Zahlen gewinnen eine Zukunftsbedeutung, wenn man in Betracht zieht, daß die Textilindustrie des fernen Ostens, hauptsächlich die von Indien und China erst im Werden begriffen sind. Die Industrie steckt dort gewissermaßen erst in den Kinderschuhen. Große Kapitalien, hauptsächlich englische und mehr noch amerikanische arbeiten an der Industrialisierung der Kolonien und graben der europäischen Industrie das Wasser ab. Dessen Produktion wird noch verteuert durch Durchschleppen des vergrößerten, teilweise brachliegenden Produktionsapparates und arbeitsloser Massen. Dazu kommt, das Europa an Amerika verschuldet ist und dieses als Gläubigerstaat die Hand an der Gurgel der deutschen Industrie hat. Die amerikanische Industrie aber macht ebenfalls die gewaltigsten Anstrengungen, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Europa, ohne Rohstoffe und schon jetzt industriell rückständig, gerät immer mehr ins Hintertreffen und wird wirtschaftlich erdrückt; seine Zivilisation muß in die Barbarei zurück. Es liegt am Proletariat, sich seiner gewaltgen Klassenkraft bewußt zu werden um de Produktion für seinen Bedarf umzugestalten.

Groß-Berlin: Freitag, den 14. August 1925, in allen Unterbezirken Mitglieder-Versammlungen

Geborstene Ordnungssäulen

In Nr. 59 berichteten wir über den Zusammenbruch des Landlicht-Konzerns, eines Unternehmens für Filmherstellung und Optik. Dieser Krach ist nur ein Glied einer ganzen Kette von Zusammenbrüchen, die außer den wirtschaftlichen Ursachen auch noch eine nette politische Pointe hat. Die beiden bei dem Endeffekt unter die Räder gekommenen Münchener Industriellen, Kommerzienräte Eugen Zentz und Dr. Hugo von Maffei sind in Bayern hochkapitalistische Persönlichkeiten. Beide stehen an der Spitze der bayrischen Nationalisten und Monarchisten. Zentz war der Leiter der berühmt gewordenen Hitler'schen Putschversammlung, die den bekannten Staatsstreich einleitete. Beide hatten die Fäden der völkischen Finanzierungsinstitutionen in den Händen.

Soweit wäre die Geschichte ohne besondere Bedeutung, denn es brechen auch Demokraten zusammen. Der Hintergrund hat aber ein durchaus politisches Gepräge und wirft ein bezeichnendes Licht auf die Moral der Ordnungshüter. Beide waren der Mittelpunkt der Gründung einer Eugen Hofmann u. Co. Außenhandels-A.-G. im Jahre 1922. Zu den Gründern gehörten die bekanntesten Nationalisten, z. B. Herzog Ludwig, Wilhelm von Bayern, Fürst Guido Henckel von Donnersmark, Baron von Cramer-Kletl, alles Leute vom reinsten reaktionären Anstrich. Auch ein General Wasily Biskupsky und ein Baron von Koeppen, bekannte russische Monarchisten spielten in der Eugen Hofmann u. Co. Außenhandelsbank-Gesellschaft eine Rolle. Welcher Art die Geschäfte waren, die die Gesellschaft tätigte, ist nie so recht bekannt geworden. Soviel aber steht fest, daß sie die Aufgabe hatte, Handelsgeschäfte zu tätigen, die für die Völkische Bewegung Geld heranschaffen. Darüber hinaus, vielleicht auch als Hauptzweck, war gedacht, daß die Gründer aus der völkischen Bewegung Geld machten. Eine ganze Anzahl hoher Offiziere, die durch die Revolution existenzlos wurden, waren angestellt und lebten durchaus auf großem Fuße. Auch Maffei scheint Geld nötig gehabt zu haben, trotz der großen Maffeischen Maschinenfabrik und Eisengießerei und des größten Münchener Eisenfabrik- und Eisenwarenhandelsgeschäfts für Klein- und Großhandel. Wie jetzt bekannt wird, hat Maffei private Schulden im Betrage von über 3 Millionen Mark. Auch Lentz sitzt arg in der Klemme.

Die Eugen Hofmann u. C. A.-G., deren Aufsichtsratsvorsitzender Lentz war, scheint gut floriert zu haben, so lange die völkische Bewegung in steigendem Maße Massen hinter sich scharte. Mit dem Zusammenbruch der völkischen Bewegung brach auch die völkische Handelsgesellschaft zusammen und liegt seit langem still. Einige auf der Münchener Gesellschaft, richtiger auf der völkischen Bewegung ruhende Industrie- und Handelsunternehmen, zu denen auch der Landlicht-Konzern gehörte, brachen in der Folge zusammen. Verschiedene Banken und private Persönlichkeiten trauern um große Summen. Daß die Geschäftspraktiken der Maffei, Zentz und Konsorten selbst gegen die völkische Moral verstießen, geht daraus hervor, daß die genannten Gründer in nationalistischen und monarchistischen Kreisen arg befehdet werden. Maffei wurde gezwungen, seine leitende Stellung in dem genannten, ebenfalls arg zusammengebrochenen früheren Familienunternehmen aufzugeben. Ebenso mußte er von seinen Verwaltungsratssitzen bei der Münchener Rückversicherung bei der Alianz-Versicherung-A.-G. und bei der Maximilianhütte zurücktreten. Die Münchener Gesellschaft hat ihren Skandal. Das völkische Geschäft hat mit Verlust geendet. Wären die Proletariermassen weiter auf die völkischen Leimruten gehüpft, so wären auch heute noch die Geldaristokraten, die Götter an der Spitze der Geburtsaristokraten. Jetzt wird das Geschäft von Sozialdemokratie und Gewerkschaften weiterbetrieben und die Statisten und Schreier haben ihren Wirkungskreis im Reichsbanner.

Gewerkschaftliches

Reif für Dalldorf, oder wissentlicher Betrug!

Unter der Ueberschrift „Die rote Knorrbremse" heulmeiert der „Vorwärts" über die Tatsache, daß die Direktion beim Einstellen von Arbeitern, Mitglieder der Vaterländischen Verbände bevorzugt.

Dann kommt folgender Blödsinn, der nur den Zweck hat, die Arbeiter irre zu lenken.

„Die Knorrbremse wird von den Aufträgen der Reichsbahn und denen von anderen öffentlich-rechtlichen und staatlichen Körperschaften unterhalten. **Es muß daher von dieser Firma erwartet werden, daß sie bei ihren Einstellungen und Entlassungen objektiv verfährt. Es ist eine Infamie, deren nur Subjekte in den Reihen der „Vaterländischen" fähig sind, direkt zu fordern, den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitnehmern dürfe keine Arbeitsgelegenheit, keine Existenzmöglichkeit eingeräumt werden.**

Mag es im ersten Sturm und Drang der Nachkriegszeit, wie in allen Betrieben, auch in der Knorrbremse mitunter etwas drunter und drüber gegangen sein, so hat doch die Redaktion des „Lichtenberger Tageblatts" kein Recht, die aus dem Betrieb der Knorrbremse hinausgedrängten Arbeiter jetzt noch herunterzureißen, um ihre „vaterländischen" Schützlinge zu verherrlichen. Eine genaue Untersuchung darüber, welche Rolle die meisten „Vaterländischen" in jener Zeit spielten, würde zu Ergebnissen führen, die diese Elemente in einen anderem Licht zeigten. Stellen doch diese „Vaterländischen" heute nichts anderes dar, als organisierten Arbeiterverrat, die einzige Art der Organisation, von der sich die „nützlichen Elemente" persönliche Vorteile versprechen.

Die Fahne, die die „Vaterländischen" der Knorrbremse sich beschaffen, ist eine eindringliche Warnung für die Arbeiterschaft und eine ernste Mahnung zur Geschlossenheit.

Noch immer ist der Unverstand der Massen der Feind, den wir am tiefsten hassen, der Feind in unseren eigenen Reihen."

Dazu wäre zu sagen, daß die „Vorwärts"-Redaktion genau weiß, daß die Unternehmer n u r nach ihren Klasseninteressen handeln. Von den Ausbeutern im allgemeinen und von der Knorrbremse im besonderen zu verlangen, weil hier meistens Staatsaufträge vorliegen, bei Einstellungen und Entlassungen o b j e k t i v zu verfahren, ist mehr wie naiv. Der „Vorwärts" resp. die Gewerkschaften würden sich keinen Deut darum scheren, wenn revolutionäre Arbeiter n i c h t mehr eingestellt werden. Die persönliche Freundschaft von Partei- und Gewerkschaftsmandarinen mit Direktoren der Knorrbremse hat nicht verhindern können, daß h e u t e die Vaterländischen sogar gegenüber den braven SPD.- und Gewerkschaftsschafen bevorzugt werden. Das ruft die Gewerkschaften auf den Plan. All die dicke Freundschaft hat es nicht verhindern können, daß der längst fällig gewordene Fußtritt nunmehr nachdrücklich erfolgt.

Wer trägt aber Schuld an den heutigen Zuständen in der Knorrbremse?

Zu der Zeit, als „im ersten Sturm und Drang der Nachkriegszeit in der Knorrbremse mitunter etwas drunter und drüber ging", wie es so schön im „Vorwärts" heißt, waren es die SPD.-Leute mit ihren frei-gelben Gewerkschaften, die jeden revolutionären Arbeiter der Direktion denunzierten. Der Betrieb wurde gereinigt. Arbeiter mit Rückgrat wurden von der

Arbeitsgemeinschaft auf das Pflaster geworfen. Heute heulmeiert die Gesellschaft und stehen die Jammerlappen wie das Kind beim Dreck da.

Nebenbei bemerkt, predigt hier der Fuchs den Gänsen. In den Betrieben, wo die SPD.-Onkels ausschlaggebend sind, tun sie dasselbe wie die Unternehmer. Die Konsumgenossenschaft Lichtenberg, die von der SPD. beherrscht wird, schmeißt j e d e n andersdenkenden Arbeiter aufs Pflaster. Bei dem jetzigen Bauarbeiterstreik hat der Baugewerksbund, wo er es machen konnte, mit den Unternehmern vereinbart, daß Gegner der Gewerkschaften n i c h t mehr auf den Bau kommen.

Ein vollgerütteltes Maß an den heutigen Zuständen trägt auch die KPD., die durch ihre konterrevolutionäre Parole: „Hinein in die Gewerkschaften" die werdende Kampffront zerriß.

Die Arbeiterschaft hat zu erkennen, daß zwischen Vaterländischen, SPD. und Gewerkschaften nur graduelle Unterschiede bestehen. Diese erkennen a l l e an, daß die Arbeiterschaft ein Vaterland hat, was sie notfalls gegenüber dem „Feind" zu verteidigen hat. A l l e sind sich darüber einig, daß sie gegen den inneren Feind, die revolutionären Arbeiter, zusammenstehen müssen und werden. Gelegentliche Zänkereien, die in der besten Familie vorkommen, täuschen nicht darüber hinweg, daß a l l e diese Elemente zusammengehören und zusammengeschweißt werden durch die gemeinsamen Bemühungen, d i e s e n kapitalistischen Staat wieder aufzubauen. Erkennen muß die Arbeiterschaft, daß sie von gerissenen Schiebern durch verschiedene Methoden von der Wahrung ihres Klassenzieles abgehalten wird. Arbeiter, jagt die gelben Vaterländischen und die gelben freien Verbände zum Teufel und organisiert euch im Betrieb als Klasse zu einer eisernen Klassenfront.

Unternehmerpraxis

Die Unternehmer der Textilindustrie im München-Gladbacher Bezirk haben die vor einigen Tagen beschlossene Kündigung sämtlicher Arbeiter am 8. August durchgeführt. Betroffen sind ca. 40 000 Proletarier. Wie im allgemeinen waren die Gewerkschaften die Leiter der Lohnbewegung. Sie hielten den bekannten gesetzlichen Weg des Schiedsspruches inne, denn mehr kann man von ihnen nicht erwarten. Der Schiedsspruch brachte einen gewerkschaftlichen „Sieg".

Was nun? Die Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Das Kapital kümmert sich wenig um Schiedssprüche, wenn es seinen grundsätzlichen Weg geht, der da heißt Klassenkampf. Das Proletariat wird unter der Leitung der Gewerkschaften sich dem nicht widersetzen können. Also werfen sie die Proletarier auf die Straße und erklären: falls die Arbeit nicht am 24. August unter den alten Bedingungen aufgenommen ist, werden sämtliche Betriebe geschlossen.

Nun stehen die armen Proleten und wissen nicht, was sie tun sollen. Die Gewerkschaften werden wieder verhandeln, bis man sich über den Kauf einig ist, und dann gehts im alten Tempo weiter. — — Ohne daß die Betrogenen die Lehren daraus ziehen und sich Klassenkampforganisationen schaffen.

A u s l a n d

Die französische Sozialdemokratie gegen den Krieg

Frankreichs Kriegspolitik, die in den Massen eine unruhige Stimmung gegen die Sozialdemokratie aufkommen läßt, veranlaßt die SPF. zu einem neuen Kurs. Die in allen Bezirken abgehaltenen Konferenzen sprachen sich gegen die Fortführung der Kriegspolitik aus, verlangten teilweise die Ablehnung weiterer Kriegskredite. Diese neue Schwenkung ist natürlich nur eine ganz bedingte, denn eine mit Staat und Regierung verwachsene Partei wie die Sozialdemokratie kann **keine** konsequente Klassenkampfpolitik treiben. Ihr ganzes Gebaren ist nur ein Gaukelspiel, das sehen wir aus folgendem Bericht des „Vorwärts" vom 11. August:

„Der sozialistische Bezirksparteitag für Groß-Paris hat sich am Sonntag mit 3585 gegen 465 Stimmen für die volle Handlungsfreiheit der Partei gegenüber dem Ministerium und gegen die Beteiligung an der Regierung ausgesprochen.

Die Resolution der Genossen Blum, Bracke, Zyromski usw. erklärt, daß die Partei gegenüber der augenblicklichen Regierung zu der politischen Haltung zurückkehren solle, die sie vor dem Kriege den bürgerlichen Parteien gegenüber eingenommen hat. Sie werde das Ministerium nach seinen Taten beurteilen, und sei bereit, die Wiederaufnahme der Unterstützungspolitik ins Auge zu fassen, sobald die äußeren Umstände, die diese Politik im Juni 1924 empfohlen hätten, sich von neuem böten. (Herriot: Dawes-Plan! Red.) Die Resolution der Minderheit, die sich für den Eintritt der Sozialisten in das Ministerium aussprach, hat nur 465 Stimmen erhalten. Auf dem Reichsparteitag, der am 15. August in Paris zusammentritt, werden dementsprechend die Pariser durch 14 Delegierte der Mehrheit und zwei der Minderheit vertreten sein.

In allen Departements ergaben die Abstimmungen ähnlich wie in Paris wider Erwarten große Mehrheiten für den Abbruch der Unterstützungspolitik gegenüber dem Kabinett Painlevé und gegen die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung. Selbst für die ausgesprochen rechtsstehenden Verbände, in denen noch vor kurzem große Mehrheiten für das taktische und parlamentarische Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien vorhanden waren, hat die Politik des Ministeriums Painlevé eine völlige Umstellung zur Folge gehabt, die einen besonders deutlichen Ausdruck darin gefunden hat, daß nicht nur Varenne in seinem eigenen Wahlkreis abgeschüttelt wurde, sondern auch Renaudel in seinem Departement mit einem Kompromißantrag unterlegen ist. Unter diesen Umständen dürfte die Entscheidung des Parteitages bereits im voraus feststehen. Er wird in den wichtigen Fragen der inneren Politik nur noch die Beschlüsse der Bezirksverbände zu bestätigen und offiziell festzustellen haben, daß

die Aera der Kartellpolitik einstweilen geschlossen ist. Das bedeutet, wie Genosse Frossard im „Paris Soir" ausführt, keineswegs, daß die Sozialistische Partei nunmehr systematische Opposition gegen das Kabinett Painlevé machen wird. Sie wird vielmehr, wie die Resolution des Seine-Departements ausdrücklich betont, die Regierung nach ihren Taten beurteilen, d. h., sie wird für das Ministerium stimmen, wenn dessen Politik den Interessen der Arbeiterklasse dient, gegen die Regierung, wenn ihre Politik mit den Forderungen des sozialistischen Programms im Widerspruch steht."

Eine so plumpe Politik kann man wirklich nur Mitgliedern und Anhängern vorspielen, denen der letzte Funke der Ueberlegung durch den Glauben an die Führer verloren gegangen ist. Nur mit total suggestierten SP.-Mitgliedern kann man so manöverieren, evtl. auch noch mit den total bolschewisierten Mitgliedern der III. Internationale. Denen ist diese Linksschwenkung auch wieder der Boden eines neuen Weges zur Einheitsfront. Der Kurs der KP. geht ja im selben opportunistischen Sumpf. Treffender zeichnet sich wohl kein Opportunismus als die Politik der französischen Sozialdemokratie mit dem Ausspruch Frossards.

Disziplinbrecher

Der französische sozialistische Abgeordnete Varenne ist durch die französische Regierung zum Generalgouverneur von Indochina gekrönt worden. Er hat diesen Posten, wie sich das von einem erprobten Kapitalslakaien gehört, gütigst angenommen, ohne die Partei zu fragen. Ihm winkt ja ein Leben, daß ihn weit über seinen ehemaligen Gesellschaftsrahmen hinweghebt. Er hat erklärt, den Henkersposten gegenüber den rebellierenden Eingeborenen anzunehmen, ganz gleich, wie sich die Sozialistische Partei dazu stelle.

Diese Einstellung hat in der SPF. eine Opposition hervorgerufen. Nicht wegen der Stellung als Generalgouverneur, sondern wegen des Disziplinbruchs. Von verschiedenen Seiten sind Ausschlußanträge eingegangen. Der Parteivorstand steht in einer Zwickmühle.

Was Varenne in Frankreich getan hat, entrüstet uns nicht. In Deutschland sind genügend ähnliche Dinge passiert. Warum soll auch die kapitalistische Regierung nicht aus den Reihen ihrer treuesten Knechte die Verwalter des Eigentums, die Stützen der Ordnung und Sicherheit machen. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei sind die beste Stufenleiter für die Anwärterposten im Kapitalismus, d. h. für die geeigneten Führer. Die disziplinierten Mitgliedermassen bilden hier den besten Boden dafür. Alle Enttäuschung ist unberechtigt. Disziplin gilt nicht für die Führer sondern nur für die Masse.

Die Chinesen boykottieren England.

Die Engländer haben durch ihr Vorgehen in China erzielt, daß die Chinesen gegen sie in jeder Beziehung den Boykott verhängen. Alle öffentlichen Stellen, u. a. die Schulen, in denen Engländer postieren, werden gemieden und stillgelegt. U. a. streiken auch das gesamte chinesische Personal der englischen Gesandschaft und der Konsulate.

Hungerstreik in den bulgarischen Gefängnissen.

Nach verschiedenen offiziellen Zeitungsmeldungen sind in Sofia 900 der politischen Gefangenen in den Hungerstreik getreten, angeblich wegen schlechter Behandlung und ständiger Verschleppung der Prozesse. Die Regierung hat eine Untersuchung und Zwangernährung angeordnet.

Wie die Untersuchung aussieht, kann sich jeder vorstellen, wenn er das rücksichtslose Vorgehen gesehen hat.

Streikabbruch in Schanghai.

Der Streik in den japanischen Wollspinnereien, der mit den großen chinesischen Unruhen einsetzte, soll nach verschiedenen Meldungen abgebrochen sein. Die Japaner bewilligten zum großen Teil die Lohnerhöhungen, wonach große Massen die Arbeit wieder aufnahmen. Im Streik standen ca. 60 000 Arbeiter.

M i t t e i l u n g e n

GROSS-BERLIN.

Der 6., 7., 11. und 17. Unterbezirk war am Dienstag in der Zentralsitzung nicht vertreten. Die Bezirke müssen dazu Stellung nehmen und darauf dringen, daß die Bezirksführer oder deren Vertreter stets anwesend sind. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 18. August, abends 7 Uhr, an bekannter Stelle statt.

Der Arbeits-Ausschuß.

1. Unterbezirk (Mitte): Donnerstag, den 13. August, abends ½8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im alten Lokal (Georgenkirchstr.) Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

2. Unterbezirk (Moabit): Freitag, den 14. August, abends ½ 8 Uhr, bei Oelschläger, Berlichingerstr. 5, Mitglieder-Versammlung. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

4. und 18. Unterbezirk: Mitgliederversammlung am Freitag, den 14. August, abends 8 Uhr. Lokal Paris, Hufelandstraße 32. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

5. Unterbezirk (Friedrichshain): Freitag, den 14. August, abends 7 Uhr, Lokal Geffert, Graudenzer Straße 3. — Die Genossen müssen vollzählig erscheinen.

7. Unterbezirk (Charlottenburg): Freitag, den 14. August, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal Jakob, Galvaniestraße. — Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. — Gruppenführer: Zeitungsausgabe Mittwoch von 6—8 Uhr bei Simsch, Wallstraße 28, Sonnabends von 6—8 Uhr im Unionslokal, Kirschstraße 12.

13. Unterbezirk (Tempelhof). Freitag, den 14. August, abends ½8 Uhr, Lokal Mende, Friedrich-Carl-, Ecke Konradiestraße. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

14. Unterbezirk (Neukölln): Freitag, den 14. August, abends 8 Uhr, Lokal Dausacker, Ziethenstr. 35. — Vollzähliges Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

16. Unterbezirk (Köpenick): Freitag, 14. August, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Köpenick, Rudowerstr. 21. — Die Genossen der Partei und Union müssen vollzählig erscheinen. Grünau ist hiermit besonders eingeladen.

19. und 20. Unterbezirk: Freitag, den 14. August, abends 7½ Uhr, in Reinickendorf-Schönholz, Ecke Sommer- und Seebeckstraße, Lokal Lorenz. — Die Genossen müssen vollzählig erscheinen.

21. Unterbezirk (Nowawes): Freitag, den 21. August, im Lokal Gebauer, Waldstr. Vollzähliges Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Sch[illegible], Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. [illegible]

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name . . . .

Ort . . . .

Straße . . . . Nr. . . .

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49,** zu senden.

6. Jahrg. Nr. 64

Preis 0,15 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

August 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Einigung der Entente

Die Fragen des Sicherheitspaktes in London

Das Hin und Her in den Fragen des Sicherheitspaktes, das in einem ständigen Notenwechsel bisher keine positiven Aussichten aufgezeigt hat, sieht in den nächsten Tagen eine neue Note auftauchen. Wie ein langgezogenes Nervenkitzeln wird die Frage in den Massen von Spannung zu Entspannung getrieben und zeigt so den ständigen Kreislauf in den unlösbaren Widersprüchen der gesamten Gesellschaftsordnung.

Keiner von allen möchte in den Riß der Zeit springen, und keiner von den imperialistischen Staaten möchte dem andern Vorschub leisten. So ist es zu verstehen, daß zwar jeder Staat den Versuch aufbringen muß, die Widersprüche zu lösen, ohne daß bestimmte Ergebnisse erzielt werden.

Gespannt wartet man wieder darauf, was das Ergebnis der letzten Verhandlungen ist, die zwischen Briand und Chamberlain in London in den Fragen der Sicherheitspakt-Verhandlungen zur Einigung geführt haben. Die Deutsche Regierung sieht in dieser Note den letzten Spruch der Entente in diesen groß aufgerollten Fragen des Garantiepaktes. Es ist das Lösungsproblem, das zwischen den einzelnen Großstaaten die weltpolitischen Bedingungen aufdeckt. Stellt der Pakt doch eine Verbindung von wirtschaftlich und politisch ganz verschieden orientierten Staaten dar.

Nur dem tragischen Zwangsgesetz der nachkriegszeitlichen Entwicklung der Weltwirtschaft und des Imperialismus ist dieses Paktmonstrum, das hier ins Leben gerufen werden soll, zuzuschreiben. Eine Illusion ist es, zu glauben, daß der alte imperialistische Trieb nun einer paneuropäischen Friedensduselei Platz gemacht hätte. Lange genug hat es gedauert, daß zwischen Frankreich und England eine Plattform der Verständigung gefunden wurde. — Und die man gefunden hat, trägt wirklich das Brandmal einer gezwungenen Handlung. Wenn auch Briand und Chamberlain nach ihrer Verständigung über die gemeinsame Note an Deutschland eine befriedigte Miene aufgesetzt haben, so ist dies größtenteils auf ein gegenseitiges Sicherheitsempfinden zurückzuführen. Noch ist die Frucht der großimperialistischen Entwicklung nicht reif geworden, und der Garantiepakt soll dieselbe vor einem vorzeitigen Sturm schützen.

In aller Welt gärt es, und Deutschland ist sich im Zweifel, ob es sein Bündnis nach dem Westen oder nach dem Osten zum Sprungbrett in die alte imperialistische Stellung benutzen soll.

Zwangsläufig geht es ein Bündnis mit der Entente ein, um sich vom Druck der Besetzung zu befreien und seinen Reparationsbedingungen einen diplomatischen Schein der wirtschaftlichen Interessen nach dem Westen umzuhängen. Es traut sich jedoch nicht gleichzeitig seine Beziehungen mit Rußland abzubrechen, versucht vielmehr, dieselben wieder zu bessern. Seine Stellung im Garantiepakt ist eine rein vasallenstaatliche. Es kann nicht anders sein, wenn man bedenkt, daß Frankreich und England alle Veranlassung haben, jede größere Machtentwicklung im Interesse der eigenen Sicherheit zu verhindern.

Die englisch-französische Verständigung gab Deutschland die Bedingungen der weitgehendsten Gleichberechtigung in der Aufnahme im Völkerbund. Der Eintritt in den Völkerbund wurde zur Grundbedingung des Garantiepaktes gemacht. Unter den Palmzweigen der Völkerbundsbedingungen, das heißt der gegenseitigen Friedensüberwachung, muß sich Deutschland dem Versailler Frieden fügen und gewisse Maßnahmen einer militärischen Aktion auferlegen lassen. Deutschland wird der Frieden gewährt, die Truppen werden zurückgezogen. Doch nur, um den Gesamtverhältnissen einen geeigneteren Boden zu schaffen, auf dem sich der westliche Imperialismus mit Hilfe des Sicherheitsverbündeten Deutschland ungehindert besser entwickelt. Von einer selbständigen Entfaltung Deutschlands kann vorläufig keine Rede sein.

Die vier von Briand und Chamberlain festgelegten Fälle, in denen ein Eingreifen Frankreichs gestattet ist, ohne daß der Völkerbund in Erscheinung zu treten hat, sind die folgenden: 1. ein Einfall in Frankreich, 2. eine Massenentsendung deutscher Truppen in die entmilitarisierte Rheinlandzone, 3. eine Gruppierung (!) deutscher Truppen in unmittelbarer Nähe der Rheinlandzone, die auf einen Einfall schließen läßt, 4. der Bau von Festungen und andere Arbeiten (!), die einen ausgesprochenen militärischen Charakter tragen. Was weiter die östlichen Schiedsgerichtsverträge anbetrifft, so scheint man sich dahin geeinigt zu haben, daß diese Schiedsgerichtsverträge unter die gemeinsame Garantie Frankreichs und des Völkerbundes gestellt werden.

Unter diesen Verhältnissen ist der deutsche Staat nur Waffenträger, der sich seinen Siegern anschließt, um unter dessen weiten Schwingen einen Platz zu erhalten, der einen diplomatischen Schachzug gewährt. Das deutsche Großkapital hat dabei nichts zu verlieren, sein Interesse geht über die Grenzen hinaus und sucht an jeder Stelle der Welt einen Hafen. Die Produktion im eigenen Staat gerät immer mehr ins Stocken. Der Sicherheitspakt bietet evtl. die Garantie neuer Produktionsmöglichkeit. Und sei es einen neuen Krieg als Vasall mitzuspielen.

Das weitgehende Sklavenheer der Proletarier bietet genügend Kanonenfutter. Ueberflüssiges Menschenmaterial, das arbeitslos und unproduktiv herumläuft.

Die Sicherheitsnote

Paris, 14. August. Der Text der an die Reichsregierung zu richtenden Note Frankreichs in der Sicherheitsfrage wird heute vormittag Brüssel, Rom und Prag übermittelt werden. Dem in Paris anwesenden polnischen Außenminister Skrzynski wird Briand die Note im Laufe der Unterredung übergeben, die er heute vormittag mit ihm haben wird. Man nimmt hier allgemein an, daß die Note am kommenden Mittwoch oder Donnerstag durch den französischen Botschafter in Berlin dem Außenminister Dr. Stresemann überreicht werden wird.

Außerparlamentarischer Kampf

Die KPD. hatte zu ihren außerparlamentarischen Kämpfen gegen die Zoll- und Steuergesetze aufgerufen. In großen, friedlichen Demonstrationsversammlungen wollten die hinausbeförderten Parlamentsredner vor den Ohren der Massen ihre Programme, die man im Parlament nicht hören wollte, aufrollen. Alles klappte vorzüglich. Resolutionen wurden auch wieder angenommen. Bis an zwei Stellen die Polizei dem die nackte Wirklichkeit entgegenstellte.

Im Staate herrscht eben nicht der Parlamentarismus, oder die Gerechtigkeit, sondern die kapitalistische Reaktion, die mit Polizei und Militär die wirtschaftlichen und politischen Staatsgesetze schützt, — in diesem Falle die Zollgesetze. Hoffentlich ist manchem zum Bewußtsein gekommen, als er die blutenden Klassengenossen auf der Straße liegen sah, daß diese Ausbeutung mit ihrer Polizei nur durch die Revolution und den Sturz des Staates beseitigt werden kann. Dieser Akt ist kein Kinderspiel, sondern ein Gewaltakt, den keine Gewerkschaftsbonzen ausführen werden, sondern nur die Arbeiterklasse selbst mit neu geschaffenen Klassenkampforganisationen, mit revolutionären Betriebsorganisationen.

Systematischer Unternehmerkampf

Wie das „Chemnitzer Tageblatt" berichtet, hat die heute hier abgehaltene von weit über tausend Firmen besuchte Mitgliederversammlung des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie einstimmig die Gesamtaussperrung der westsächsischen und thüringischen Textilarbeiter zum 15. September beschlossen, nachdem sämtliche Einigungsverhandlungen mit dem Textilarbeiterverband gescheitert sind.

Von der Maßnahme werden etwa 200 000 Arbeiter betroffen.

Ueber den revolutionären Kampf gegen den Krieg

Die elfte Wiederkehr des Kriegsausbruchs, sowie die imperialistischen Vorpostengefechte in den Kolonien rücken aufs neue die Frage der revolutionären Kampfstellung des Proletariats während eines künftigen Krieges in den Vordergrund. Viele derjenigen Arbeiter, die noch nicht in politischer Verzweiflung dahinvegetieren, erkennen ohne Zweifel immer mehr, daß es im Zeitalter des Kapitalismus keine Garantie gegen den Ausbruch eines neuen Weltkrieges gibt; sie erinnern sich an den ungeheuren Aderlaß des vierjährigen Massenmordens, an den völligen Zusammenbruch ihrer sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Organisationen im nationalen Rausche des Chauvinismus und halten Umschau nach Mitteln, wie sie einem zukünftigen Wüten der imperialistischen Kriegsfurie wirksam begegnen können.

Daß in der gegenwärtigen Stickluft der durch kleinbürgerliche Ideologie verseuchten Arbeiterbewegung reformistisch eingestellte Proletarier sich überhaupt für Dinge interessieren, die mit dem täglichen Guerillakrieg um ein Stück Brot ungefähr so viel zu tun haben, wie die Fehde des kapitalsstützenden „Reichsbanners" gegen die Hakenkreuzler mit proletarischem Klassenkampf, ist gewiß eine über dem allgemeinen Geistesniveau der Arbeitermassen turmhoch stehende Erscheinung, die einer revolutionären Organisation nur willkommen sein kann. Doch liegt auch hier der entscheidende politische Wert wieder in der Richtung, in der sich die proletarische Diskussion über eine Frage von so eminent revolutionärer Bedeutung wie die Stellung zum Kriege bewegt. Ist doch gerade ein in das Geistes- und Gefühlsleben der Proletarier so tief einschneidendes geschichtliches Ereignis wie ein neuer Krieg besonders dazu angetan, schon von vornherein den spekulativsten, jeder realen Grundlage entbehrenden Auffassungen über das praktische Verhalten der Arbeiterklasse bezw. ihrer Organisationen dazu einen Nährboden zu geben. Es liegt deshalb nur im ureigensten Interesse des Proletariats, einige für seinen Klassenkampf gegen den Krieg wichtige Kernpunkte herauszuschälen.

Als grundlegendes Moment müssen die Proletarier vor allem erkennen, daß die Unterscheidung der 3. Internationale: die nationalen Kämpfe der Kolonialvölker seien im Gegensatz zu den imperialistischen Auseinandersetzungen zwischen den kapitalistischen Weltmächten „revolutionäre" Kriege, eine geschichtlich unhaltbare These ist. In der imperialistischen Epoche gehen auch die Kämpfe der Kolonien gegen die Vorherrschaft der kapitalistischen Mutterländer nur um einen Platz an der Sonne des Profits, denn sie haben zum gesellschaftlichen Ziel: die Aufrichtung der staatspolitischen Herrschaft der zu nationaler Selbständigkeit erwachten Kolonialbourgeoisie auf kapitalistischer Grundlage. Die von den Sektionen der Moskauer Internationale propagierte „nationale Befreiung der unterdrückten Kolonialvölker" entpuppt sich im Zeitalter des Kapitalismus nur als die Forderung nach Freiheit auf der Grundlage des Systems der Sklaverei, sie bedeutet in ihrer Realisierung nichts anderes als die Unterdrückung der Kolonialsklaven durch die eigene Bourgeoisie, anstatt durch die „fremden Räuber". So groß also auch die kapitalistischen Gegensätze zwischen den nach nationaler Selbständigkeit drängenden Kolonialstaaten und den altkapitalistischen Mächten sind, — die Kolonialkriege unterscheiden sich von den imperialistischen Kriegen nicht ihrem gesellschaftlichen Inhalt, sondern nur der Form nach, weil sie gleichfalls kapitalistischen Zielen dienen.

Für das Proletariat sind deshalb China und Marokko ebensowenig wie Deutschland oder Amerika „Vaterländer", für deren Verteidigung Gut und Blut einzusetzen es verpflichtet wäre. Die geschichtliche Stellung der Arbeiterschaft zu den nationalen Bewegungen in den Kolonien kann somit auch nur dieselbe sein wie gegenüber jedem imperialistischen Krieg: sie hat die Schwächung der kapitalistischen Mutterländer durch die Kolonialkriege als günstige Position zu benutzen, um all ihre Klassenkräfte ausschließlich auf den Kampf gegen